

Approved For Release 1999/09/10 : CIA-RDP83-00423R000900190002-0

EAST GERMAN PATENTS

Attachment to Process Sheet

25X1A2g

5 August 1953

25X1A2g

25X1A2g

Approved For Release 1999/09/10 : CIA-RDP83-00423R000900190002-0

21 d², 55.

DWP 2036.

Akt.-Z. WP 21 d²/13 069.

Erf. zugl. Inh.: Dr. Walter Blankenburg, Berlin-Neukölln.
Luftdrossel, insbesondere Hochfrequenzsperre
 12. 5. 1951.

1. Luftdrossel mit parallelen Stromzweigen, insbesondere Hochfrequenzsperre, dadurch gekennzeichnet, daß die parallelen und verdrehten Wicklungslagen so aufgeteilt und angeordnet sind, daß sowohl zwischen den Lagen als auch zwischen den Windungen Luftkanäle entstehen.
2. Luftdrossel nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die axialen Preßbolzen der Drossel in den Luftkanälen angeordnet sind.
3. Luftdrossel nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß eine Abdeckhaube mit mehreren Luftdurchtrittsöffnungen vorgesehen ist.

21 c, 54/01.

DWP 2038.

Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Otto Mayr, Berlin-Friedrichshagen.

Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand, insbesondere für Steuerzwecke

21.10.1948.

1. Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand, insbesondere für Steuerzwecke, dadurch gekennzeichnet, daß er wie ein Hochspannungskabel mit wendelförmiger Widerstandswicklung ausgebildet ist.
2. Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Widerstandsdraht Windung bei Windung auf eine Kabelseele aufgewickelt, mit einer Bandage versehen und das Ganze mit einem feuchtigkeitsbeständigen Mantel überzogen ist.
3. Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß das Widerstandskabel unter Zuhilfenahme eines Spulenkörpers vorzugsweise aus

21 a¹, 0/02

DWP 2042.

Erf. zugl. Inh.: Ing. Herbert Köhler, Dresden A 36.

Anordnung zur elektromechanischen Erzeugung von Tonfrequenzen, insbesondere für Wechselstrom-Telegrafie mit Phaschmodulation

1. 2. 1952.

1. Anordnung zur elektromechanischen Erzeugung von Tonfrequenzen, insbesondere für Wechselstrom-Telegrafie mit Phaschmodulation, dadurch gekennzeichnet, daß in einem magnetischen Kreis eine Spule mit Eisenkern angeordnet ist, an der eine Lochscheibe aus ferromagnetischem Material vorbeibewegt wird, derart, daß die Löcher eine periodische Schwächung des magnetischen Kreises bewirken und damit in der Spule eine niederfrequente Wechselspannung erzeugen.
2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß mehrere magnetische Kreise, Lochreihen und Spulen zur

21 d², 49.

DWP 2043.

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Walter Blankenburg, Berlin-Neukölln,

Dipl.-Ing. Werner Hörcher, Berlin-Oberschöneweide.
Wicklungsanordnung für Lagen-Zylinderspulen

16. 11. 1951.

1. Wicklungsanordnung mit Schirmring für Lagenzylinderspulen, dadurch gekennzeichnet, daß die Abmessungen und Abrundungen des Schirmringes in axialer und radialer Richtung so gewählt sind, daß eine ausgeprägte Schutzwirkung in beiden Richtungen entsteht.
2. Wicklungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Schirmring mit seiner Auflagefläche mehrere Lagen überdeckt.
3. Wicklungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Schirmring, der mit Folie bedeckt oder leitend bespritzt ist, aus Isoliermaterial hergestellt und mit der innersten Lage verbunden ist.

21 d², 55

DAP 2044

Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Alfred Taubert, Elgersburg (Thüringen)

Streufeldtransformator bzw. Drosselspule mit stetig regelbarem Streufluß
 20. 11. 1949

1. Streufeldtransformator bzw. Drosselspule mit stetig regelbarem Streufluß mittels eines veränderlichen magnetischen Nebenschlusses, insbesondere zum Betrieb elektrischer Leuchtröhren, dadurch gekennzeichnet, daß die Regelvorrichtung für den Streufluß auf das normale Kernprofil aufgesetzt und ihr Schließstück und eine Klemmvorrichtung auf einer Spindel frei gelagert sind, die ohne Drehung mittels einer ortsfesten und von Hand drehbaren Kordelmutter zur Einstellung des Schließstückes bewegt wird und die durch eine geringe Drehung in der gewünschten Lage des Schließstückes die Klemmvorrichtung betätigt.

21 a², 17/03.

DWP 2045.

Akt.-Z. 21 a²/6999.

Erf. zugl. Inh.: Franz Reimann, Erfurt.

Hilfsgerät für den Unterricht von Schwerhörigen
 1. 4. 1950.

1. Schwerhörigenhilfsgerät, insbesondere für den Unterricht von Schwerhörigen, dadurch gekennzeichnet, daß zum verstärkten Hören der eigenen Sprache ein zweites Mikrofon vorgesehen ist, das über einen Verstärker mit Kopfhörer die eigene Sprache des Schwerhörigen übermittelt.
2. Hilfsgerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zwei Vorverstärkersysteme benutzt werden, die auf der gleichen Endstufe eines Verstärkers arbeiten und die so geschaltet sind, daß die Vormagnetisierung des Spannungswandlers kompensiert wird und daß die Mikrophone in die Kathodenleitung der Vorverstärkerröhren geschaltet und Vorkehrungen getroffen sind, daß die Spannung an den Klemmen der Mikrofonleitung begrenzt wird.

keramischem Material zu einer Wicklung verarbeitet ist und zum Einbau kommt.

4. Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand nach Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Wicklung aus Widerstandskabel nach Art einer verstürzten Wicklung ausgebildet ist.
5. Hochbelastbarer Hochspannungswiderstand nach Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß zwischen die einzelnen Scheiben der Widerstandswicklung Streifen aus Gummi oder einem ähnlichen Werkstoff eingelegt sind.

4. Luftdrossel nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Luftdurchtrittsöffnungen so bemessen sind, daß die maximalen Wicklungstemperaturen der einzelnen Lagen angenähert gleich sind.

4. Wicklungsanordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß der Schirmring mit einem stärkeren Isolerauftrag ausgeführt wird als für die Isolation der Windungen einschließlich der Lagenisolation vorgesehen ist.
5. Wicklungsanordnung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die den Schirmring direkt umgebende Hauptisolation in mehrere Teile aufgeteilt ist und die Einzelteile den Schirmring in entgegengesetzter Richtung umschließen.
6. Wicklungsanordnung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß ein Teil der Hauptisolation über die untere Begrenzung des Schirmringes hinaus herabgezogen ist.
7. Wicklungsanordnung nach Anspruch 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, daß die den Schirmring umgebende Hauptisolation von einer Keilpreßkonstruktion gehalten wird.
8. Wicklungsanordnung nach Anspruch 7, dadurch gekennzeichnet, daß die Keilpreßstelle in Umfangrichtung aus Einzelsegmenten bestehen, die untereinander versetzt angeordnet sind.

gleichzeitigen Erzeugung verschiedener Frequenzen vorgesehen sind.

3. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß der die Spule tragende Magnetisenbügel radial und unter oder über der Lochreihe so angeordnet ist, daß der eine als Spulenkern ausgebildete Polschuh genau der entsprechenden Lochreihe und der andere Magnetpol der Schmalseite der Lochscheibe gegenübersteht.
4. Anordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die bewegliche Masse der Lochscheibe derart klein gehalten wird, daß ein kleiner Synchronmotor, als Antrieb ausreicht.

2. Schaltungsanordnung für dezentralisierte Verstärkeranlage

2. Streufeldtransformator bzw. Drosselspule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Seitenflächen des Schließstückes nach dem einen Ende zu abgeschrägt sind und als Widerlager für das Festklemmen bewirkende Isolierstoffkeile dienen.
3. Streufeldtransformator bzw. Drosselspule nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Keile mittels eines Gewindes durch eine geringe Verdrehung der Spindel in die Schließlage gebracht werden.
4. Streufeldtransformator bzw. Drosselspule nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß das Schließstück aus einem lamellierten, vorzugsweise mit Preßplatten aus Isolierstoff versehenen Körper besteht.
5. Streufeldtransformator bzw. Drosselspule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Kordelmutter in einem Bügel aus nichtmagnetischem Werkstoff gelagert ist, dessen beide Enden gleichzeitig als Preßplatten für die Transformatorschenkel und zur Abstützung und Distanzierung der Ober- und Unterspannungsspulen dienen.

21 a¹ 36/02
 Erf. zugl. Inh.: Richard Ludwig, Leipzig, Gerhard Waltz,
 Leipzig, Heinz Böhme, Leipzig.
Verfahren zur Rufübermittlung in Trägerfrequenzgeräten
 25. 1. 1952.

Trägerfrequenzgerät mit Rufübermittlung, in dem eine Röhre des Empfangsverstärkers durch Umschaltung einmal als Verstärkerröhre und bei Ruf als Oszillatortöhre arbeitet, dadurch gekennzeichnet, daß bei Ruf mittels der Umschaltvorrichtung an das Steuergitter der Röhre ein Schwingkreis in Rückkopplungsschaltung geschaltet ist, der auf die Summe der Differenz von Trägerfrequenz und Ruffrequenz abgestimmt ist.

21 a² 1/02

DAP 2247.

Erf. zugl. Inh.: Ing. Carl Ernst Eichhorn, Steinach (Thür.).
Freischwinger-Magnetsystem für Lautsprecher
 17. 12. 1935.

Freischwingermagnetsystem für Lautsprecher, dadurch gekennzeichnet, daß der Anker des Systems an seiner dem Polschuhspalt zugekehrten Stirnseite, in der Querrichtung der Ankerbewegung in Richtung des Polschuhspaltes gesehen, teils breitere, teils ebenso breite und teils schmälere Abschnitte als der Polschuhspalt hat, und die im Verhältnis zur Polschuhspaltbreite verschieden breiten Abschnitte der Ankerstirn so verlaufen, daß sie symmetrisch zur Quer- und Längsachse der Ankerstirn nach beiden Seiten hin abnehmende Breite haben.

DWP 2504.

21 g, 20/04.

21 g, 13/40.

Akt.-Z. AW 5188 K 160 090/21 g.

Erf.: Dr. phil. Kurt Leistner, Dresden,

Max Thomas, Nis (Jugoslawien),

Horst Beger, Dresden A 2.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk
Dresden VEB.

Einrichtung zur Regelung des Anodenstromes einer Glühkathodenentladungsröhre, insbesondere des Röhrenstromes einer Röntgenröhre

9. 2. 1941.

1. Einrichtung zur Regelung des Anodenstromes einer Glühkathodenentladungsröhre, insbesondere des Röhrenstromes einer Röntgenröhre, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Heizstromkreis der Röhre außer einer bekannten, zur

21 a², 36/12.

DWP 2501.

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Otto Henkler, Berlin-Rosenthal.
Anordnung zur elektrischen Trennung von Stromwegen, insbesondere in Fernmeldeanlagen

27. 10. 1949.

1. Anordnung zur elektrischen Trennung von Stromwegen, insbesondere in Fernmeldeanlagen, dadurch gekennzeichnet, daß die Trennung durch Kompensation einer in einem Stromweg auftretenden störenden Spannung unter Zufügen einer nach Betrag und Phase gleichen, jedoch um 180° gedrehten Spannung erfolgt.

2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß in den zu trennenden Stromwegen eine Frequenzumsetzung erfolgt.

3. Anordnung nach den Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß zur Frequenzumsetzung Modulationsschaltungen in Form von Ringmodulatoren, Vierpolmodulatoren oder Gabelmodulatoren, bestehend aus Nichtlinearitäten in

DWP 2492.

21 g, 17/10.

Akt.-Z. AW 691 K 161 834/21 g.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk
Dresden VEB.

Röntgenröhre für die Herstellung von stereoskopischen Aufnahmen oder für die Vornahme von Durchleuchtungen mit stereoskopischem Effekt

1. 8. 1941.

1. Röntgenröhre für die Herstellung von Stereoaufnahmen oder für die Vornahme von Durchleuchtungen mit stereoskopischem Effekt, mit zwei Glühkathoden zur Erzielung zweier Brennflecke, dadurch gekennzeichnet, daß sie eine während des Betriebes umlaufende Anode in derartiger Anordnung enthält, daß die beiden Brennflecke in einem zu stereoskopischen Aufnahmen bzw. Durchleuchtungen geeigneten Abstand voneinander auf der Anode entstehen.

DWP 2497.

21 a¹, 5/02.Akt.-Z. WP 21 a¹/12 831.

Erf. zugl. Inh.: Herbert Köhler, Dresden A 38.

Schaltungsanordnung für Fernschreib-Amtsanschlußgeräte
 28. 4. 1951.

1. Schaltungsanordnung für Fernschreib-Amtsanschlußgeräte, die unter Benutzung der Leitungen und Amtseinrichtungen für Fernsprecher über ein Fernsprechnetzt arbeiten, dadurch gekennzeichnet, daß nach Drücken einer Taste (Eintaste) mittels einer Nummernscheibe des an eine Anschlußleitung eines Fernsprechnetzes angeschlossenen Fernschreib-Amtsanschlußgerätes die Gegenstelle gewählt wird und die Verbindung automatisch und ohne Mitwirkung der gewählten Fernschreibgegenstelle wie beim Fernsprecher dadurch hergestellt wird, daß die abgehende Ruffrequenz ein Anrufrelais und in dessen Schaltfolge ein Überbrückungsrelais einschaltet, während auf die von der Gegenstelle nach dem Ruf eintreffende Tonfrequenz ein Hilfsrelais anspricht, welches ein Betriebsrelais einschaltet, in dessen Schaltfolge der endgültige Betriebszustand hergestellt ist und zur Aufhebung der Fernschreibverbindung,

Voreinstellung des Röhrenstromes dienenden Vorrichtung, z. B. einem dem Heizfaden der Röhre oder dem Heiztransformator vorgeschalteten, im mA-Röhrenstrom geeichten Regelwiderstand, eine den Röhrenstrom selbsttätig auf einem einstellbaren Wert konstanthaltende, von dem Röhrenstrom selbst oder einem ihm proportionalen Strom gesteuerte Regelvorrichtung vorgesehen ist, deren Einstellorgan mit der zur Voreinstellung des Röhrenstromes dienenden Vorrichtung gekuppelt ist.

2. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die den Röhrenstrom selbständig konstant haltende Regelvorrichtung in an sich bekannter Weise aus einem von dem Röhrenstrom oder einem ihm proportionalen Strom durchflossenen Relais besteht, das einen im Heizstromkreis liegenden Widerstand beim Sinken des Röhrenstromes unter einen bestimmten Wert kurzschließt, dem zur Einstellung dieses Röhrenstromwertes ein regelbarer Widerstand parallelgeschaltet ist, dessen Einstellorgan mit der zur Voreinstellung des Röhrenstromes dienenden Vorrichtung gekuppelt ist.

Ansprüche 3 bis 11 siehe Patentschrift.

Form von vorgespannten oder nichtvorgespannten Trocken- gleichrichtern, Elektronenröhren, Gasentladungsstrecken bzw. Stromtoren vorgesehen sind.

4. Anordnung nach den Ansprüchen 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Modulatoren so angesteuert sind, daß die Amplituden entstehender unerwünschter Modulationsprodukte ein Minimum sind.

5. Anordnung nach den Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß zur Frequenzumsetzung in den Stromwegen nur eine Trägerfrequenz vorgesehen ist.

6. Anordnung nach den Ansprüchen 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß die Frequenzumsetzung bei so hohen Frequenzen erfolgt, daß die Kompensation nur für ein relativ schmales und somit besonders einfach zu kompensierendes Frequenzband vorgenommen zu werden braucht.

7. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die in den Stromwegen angeordneten Verstärkerröhren als gesteuerte Nichtlinearitäten ausgebildet sind.

Ansprüche 8 und 9 siehe Patentschrift.

2497

in der der Fernschreibverkehr wechselseitig oder in einer der beiden Richtungen betrieben wird, eine zweite Taste (Aus-Taste) auf einer der beiden miteinander verbundenen Stationen gedrückt wird, die ein Betriebsrelais dieser Station ausschaltet, während daraufhin durch Ausbleiben der Tonfrequenz auf der Gegenstation das Hilfsrelais abfällt und in seiner Schaltfolge das Betriebsrelais ausschaltet.

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß Signallampen (Anruf- und Schlußlampe, Betriebslampe, Bereitlampe) die durch Schaltfolgen erzielten Funktionszustände des Gerätes anzeigen und die Ruf-, Frei-, Besetzt- und Amtszeichen beim Aufbau einer Fernschreibverbindung außerdem mittels eines Telefonhörers wie beim Fernsprechtbetrieb hörbar sind.

Ansprüche 3 bis 6 siehe Patentschrift.

2. Röntgenröhre nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die beiden Glühkathoden sich in dem Hohlraum einer die Anode bildenden Topfes befinden, auf dessen als Kegelstumpfmantel ausgebildeter Innenwandung die beiden Brennflecke erzeugt werden.

3. Röntgenröhre nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, daß jeder der beiden Glühkathoden eine besondere Elektronenaufprallfläche auf der Anode zugeordnet ist.

21 g, 26/02.

DWP 2364.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin.

Elektrisches Bestrahlungsgerät mit Metalldampfhochdrucklampe

24. 12. 1940.

1. Elektrisches Bestrahlungsgerät mit als Strahlenquelle dienender einsockeliger Metalldampfhochdrucklampe, dadurch gekennzeichnet, daß die Lampe an dem oberen Ende eines an einer flachen Bodenplatte mit pfannenartiger Vertiefung starr angebrachten, aufwärts ragenden, henkelartigen Armes in der Fassung derart drehbar gelagert ist, daß der zum Strahlenaustritt dienende Kuppenteil des im übrigen einen Spiegelbelag aufweisenden Lampengefäßes oder Hüllgefäßes beim Nichtgebrauch der Lampe geschützt in der pfannenartigen Vertiefung der Bodenplatte liegt, dagegen in der durch Herausschwenken der Lampe aus der

21 f, 58 (6101).

DAP 2046.

21 f, 58 (6102).

Erf. zugl. Inh.: Ewald Hänel, Waldkirchen (Erzgebirge).

Rastengelenk, insbesondere für Beleuchtungskörper

2. 4. 1950.

1. Rastengelenk, insbesondere für Beleuchtungskörper, dadurch gekennzeichnet, daß in einem Außenmantel, der einen radial zu ihm gerichteten Befestigungsteil aufweist, eine mit einer Gewindebuchse für den von ihr zu tragenden Gegenstand versehene Innenhülse drehbar gelagert und an deren einen mit Rasten versehenen Rand unter Wirkung der Feder eine gegen Drehung gesicherte Rastenscheibe angedrückt ist.
2. Rastengelenk nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Rastenzähne der Innenhülse in deren Achsenrichtung vorstehen und die Gegenrasten aus der Fläche der Rastenscheibe herausgedrückt sind.
3. Rastengelenk nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Außenmantel aus einem bügelartig geformten Blech-

21 e, 27/01.

DWP 2362.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden VEB, Dresden N 30.

Schaltungsanordnung mit einem Haupttransformator und einem Hilfstransformator

8. 5. 1935.

1. Schaltungsanordnung mit einem Haupttransformator und einem Hilfstransformator, bei welcher der Hilfstransformator mit einem wesentlich kleineren Wert des Verhältnisses Spannung zu Windungszahl ausgestattet ist als der Haupttransformator und bei welcher der eine Pol der Spannungs- bzw. Stromabnahme über den Hilfstransformator an den Haupttransformator angeschlossen ist, gekennzeichnet durch ihre Verwendung zum Feinabgleich des Übersetzungsverhältnisses von solchen Meßwandlern, bei denen das Zu- oder Abschalten auch nur einer einzigen Windung eine zu große Änderung bedeutet.

21 a², 18/01.

DWP 2360.

Akt.-Z. WP 21a²/13 308.

Erf. zugl. Inh.: Willy Schulze, Erfurt.

Schaltungsanordnung für dezentralisierte Verstärkeranlage

31. 5. 1951.

1. Schaltungsanordnung für dezentralisierte Verstärkeranlagen, die jeweils aus Steuerverstärker und mehreren Unterzentralen bestehen, die mit dem Steuerverstärker durch beiderseitig mit Übertragern abgeschlossene Übertragungsleitungen verbunden sind, dadurch gekennzeichnet, daß die Primärseiten der Übertrager am Ausgang des Steuerverstärkers in Serie über einen Vorwiderstand am Steuerverstärkerausgang angeschlossen sind und die Primärseite jedes Übertragers durch einen Abschlußwiderstand an die Übertragungsleitung angepaßt ist.

21 g, 24/02.

DWP 2506.

Akt.-Z. AW 590 K 158 573 VIII/21 G.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden VEB.

Kurzwellen- oder Ultrakurzwellenapparat

31. 8. 1940.

1. Kurzwellen- oder Ultrakurzwellenapparat, dadurch gekennzeichnet, daß an den Behandlungskreis ein Hilfskreis mit einem sich bei einer Verstimmung des Behandlungskreises ändernden Widerstand angekoppelt ist, der bei Beginn der Behandlung so eingestellt wird, daß bei einer Verstimmung des Behandlungskreises diese Widerstandsänderung zur Steuerung eine Signaleinrichtung benutzt wird.
2. Apparat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die bei einer Verstimmung des Behandlungskreises auftretende Widerstandsänderung einer Glühlampe, die an den Be-

21 g, 17/02.

DWP 2510.

Akt.-Z. AW 1049 K 161 651/21 g.

Erf.: Dipl.-Phys. Dr. Wolfgang Ferrant, Ritten, Bolzano (Italien).

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden VEB.

Röntgenröhrenanode

11. 7. 1941.

- Röntgenröhrenanode, deren Anodenkopf eine Austrittsöffnung für die Röntgenstrahlen aufweist, die mit einem für Röntgenstrahlen durchlässigen, die gestreuten Elektronen jedoch zurückhaltenden Fenster verschlossen ist, dadurch gekennzeichnet, daß das Fenster aus Verbindungen leichtatomischer Stoffe, welche keine gasförmigen Komponenten enthalten, hergestellt ist, z. B. aus Berylliumkarbid oder Siliziumkarbid.

körper besteht, an dessen beiden Längskanten je eine flache Zunge annähernd radial gerichtet angefügt ist und daß die beiden Zungen des Außenmantels durch eine Schließhülse zusammengehalten werden.

4. Rastgelenk nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Enden der Innenhülse durch je eine Kappe abgedeckt sind, von der aus je ein Arm durch die Schließhülse hindurchreicht und diese durch einen Vorsprung am Abwischen hindert.

Bodenplatte erreichten Gebrauchslage der Lampe für den Strahlenaustritt vollkommen frei liegt.

2. Bestrahlungsgerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Bodenplatte einen so großen Durchmesser aufweist, daß bei einem etwaigen Umkippen des Gerätes das mit dem Kuppenteil in die pfannenartige Vertiefung der Bodenplatte eingeschwenkte Lampengefäß nicht mit einer ebenen Unterlage in Berührung kommen kann.
3. Bestrahlungsgerät nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die am oberen Ende des henkelartigen Tragständerarmes befestigte Drehachse für die Lampenfassung seitlich neben der Lampenfassung angeordnet ist, so daß vorzugsweise der Abstand der Drehachse von der Aufstellfläche des Gerätes kleiner ist als die Lampenlänge.
4. Bestrahlungsgerät nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß sich die Fassung bis zum Reflektorteil des Lampengefäßes erstreckt, also den Lampenhals völlig umschließt.

Anspruch 5 siehe Patentschrift.

nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Regelung der Modulationsspannung das Regelglied zwischen Primärseite des Übertragers und Abschlußwiderstand geschaltet ist.

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Erregung des Hilfstransformators von Anzapfungen auf der Wicklung des Haupttransformators erfolgt.
3. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Erregung des Hilfstransformators von einer auf dem Haupttransformator angeordneten Hilfssekundärwicklung aus erfolgt.
4. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1 oder 3, dadurch gekennzeichnet, daß der Hilfstransformator als Spartransformator ausgebildet ist.
5. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Hilfstransformator eine Mehrzahl von Sekundärwicklungen mit den benötigten Windungszahlen besitzt, wobei jede Sekundärwicklung mit einer besonderen Stufe des Haupttransformators zusammenwirkt.
6. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß mehrere Hilfstransformatoren mit dem Haupttransformator verbunden sind.

handlungskreis, vorzugsweise kapazitiv, so angekoppelt wird, daß sie bei der gewählten Abstimmung im Resonanzfall gerade zündet, zur Steuerung der Signalvorrichtung benutzt wird.

3. Apparat nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß zur kapazitiven Ankopplung die beiden Pole der Glimmlampe mit Drähten oder Stäben verbunden sind, die dem Behandlungskreis mehr oder weniger genähert werden.
4. Apparat nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Glimmlampe an einer Gleichspannungsquelle liegt und ihre Widerstandsänderung zur Beeinflussung des Gitters einer Verstärkerröhre dient, in deren Anordnung ein Summer liegt.
5. Apparat nach Anspruch 2-4, dadurch gekennzeichnet, daß die Glimmlampe zusammen mit der Verstärkerröhre, dem zugehörigen Transformator, der zweckmäßig aus einer Wechselstromgespeisten Gleichrichterröhre, Gleichspannungsquelle und dem Summer in einem gemeinsamen Kasten untergebracht ist.

Anspruch 6 siehe Patentschrift.

21 g, 24/02.

21 a, 9/01.

DWP 2513.

Akt.-Z. AW 444 K 132 601 VIII/21 g.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformator- und Röntgenwerk
Dresden VEB.Einrichtung zur Erzeugung kurzer und/oder ultrakurzer
Wellen mittels Funkenstrecken

7. 5. 1938.

1. Einrichtung zur Erzeugung kurzer und/oder ultrakurzer Wellen mittels Funkenstrecken, vorzugsweise mit einem parallel zur Funkenstrecke liegenden Löschstromkreis mit Kapazität, insbesondere für Hochfrequenztherapie, dadurch gekennzeichnet, daß unabhängig von dem gegebenenfalls vorgesehenen Löschstromkreis unmittelbar parallel zu der Funkenstrecke eine so bemessene Kapazität gelegt ist, daß

21 g, 4/01.

20 I, 29.

DWP 2522.

Akt.-Z. AW 3391 P 83 464 VIII c/21 g.

Erf.: Max Göpfert, Berlin-Karlshorst.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEB Mechanik Gaselan Berlin, Berlin O 17.

Relaisanordnung zur Erzielung periodischer Schaltvorgänge von längerer Dauer

12. 12. 1941.

Relaisanordnung zur Erzielung periodischer Schaltvorgänge von längerer Dauer unter Verwendung eines mit einem elektrischen Kondensator zusammenschalteten polarisierten Relais, dadurch gekennzeichnet, daß auf dem polarisierten Relais zwei unterschiedlich bemessene und in Reihe liegende Wicklungen angeordnet sind, von denen diejenige mit der größeren Amperewindungszahl (Hauptspule) mit dem Kon-

21 g, 4/01.

21 g, 2/01.

DWP 2523.

20 I, 29.

Akt.-Z. AW 3539 P 82 098 VIII c/21 g.

Erf.: Max Göpfert, Berlin-Karlshorst.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEB Mechanik Gaselan Berlin, Berlin O 17.

Verzögerungsrelaisanordnung

1. 3. 1941.

1. Verzögerungsrelaisanordnung, bestehend aus einer Zusammenfassung von Relais und Kondensator, deren Abfallverzögerungszeit veränderbar gemacht ist, dadurch gekennzeichnet, daß die Veränderbarkeit der Verzögerungszeit durch eine Änderung der Größe des Luftspaltes zwischen dem Relaisanker und dem Relaiskern bewirkt wird und daß eine Hilfswicklung vorgesehen ist, durch die der Einfluß der Luftspaltverstellung auf den Anzug des Relais aufgehoben wird.
2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß

21 g, 10/02.

DWP 2525.

Akt.-Z. AW 934 J 69 399 VIII c/21 g.

Erf.: Fritz Blumenstein, Jena, Otto Netter, Jena.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEB Optik Jenaer Glaswerk Schott & Gen., Jena.

Verfahren zur Herstellung von Mehrplattenkondensatoren

19. 4. 1941.

1. Verfahren zur Herstellung von Mehrplatten-Kondensatoren mit zwischen aufeinandergeschichteten Glasplatten angeordnete Metallfolien, bei denen nach erfolgter Schichtung die Glasplatten an den Rändern verschmolzen werden, dadurch gekennzeichnet, daß die Erhitzung der Schichtung bei Unterdruck erfolgt.
2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Erhitzung unter Anwesenheit von eine Oxydation verhindernden Gasen erfolgt.
3. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß Metallfolien mit blanken Oberflächen verwendet werden.

21 a², 13/01.

DWP 2528.

Akt.-Z. WP 21 a²/11 854.Erf.: Prof. Dr.-Ing. Eberhard Leibnitz, Böhlitz-Ehrenberg,
Fritz Patloka, Leipzig.

Inh.: Prof. Dr.-Ing. Eberhard Leibnitz, Böhlitz-Ehrenberg.

Papiermembran für Schallgeber und Schallempfänger

4. 3. 1951.

1. Papiermembran für Schallgeber und Schallempfänger, insbesondere für Lautsprecher, dadurch gekennzeichnet, daß die dem Einspannrand benachbarte Rillenzonen der Membran mit Weichharz getränkt ist, welches das Papier an den getränkten Stellen für praktisch unbegrenzte Zeit und unabhängig von den wechselnden atmosphärischen Bedingungen lederartig weich erhält.
2. Papiermembran nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als Weichharz ein aus aliphatischen Bikarbonsäuren mit mindestens vier Methylgruppen zwischen den Kar-

21 b, 26/02.

DAP 2526.

Akt.-Z. P 21 b/9927.

Erf. zugl. Inh.: Alfred Gasch, Dresden A 27.

Anschlußkontakt zum Laden von Akkumulatoren

15. 11. 1950.

1. Anschlußkontakt zum Laden von Akkumulatorenbatterien, deren Kontaktstutzen als dicke, leicht konische Bleibolzen ausgeführt sind, gekennzeichnet durch eine sich entsprechend der konischen Form des Kontaktstutzens im Innenraum verjüngende Bleibuchse, die mit einem Handgriff aus vorzugsweise nicht leitendem Werkstoff versehen ist.
2. Anschlußkontakt nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Handgriff die unmittelbare Fortsetzung des Buchsenkörpers bildet.
3. Anschlußkontakt nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß das Ladekabel durch eine Längsbohrung des Handgriffes an die Anschlußstelle innerhalb der Buchse geführt ist.

densator in Parallelschaltung verbunden und diejenige mit der kleineren Amperewicklungszahl als Gegenspule ausgebildet ist.

der durch sie und die Funkenstrecke gebildete Schwingungskreis die gleiche Wellenlänge wie der Kurzwellenstoßkreis hat.

2. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß Vorrichtungen, beispielsweise Umschalter, vorgesehen sind, durch die beim Übergang auf einen anderen Wellenbereich sowohl die Stoßkreis Kapazitäten als auch die parallel zur Funkenstrecke liegende Kapazität so geändert werden, daß diese der veränderten Stoßkreiswelle angepaßt werden.
3. Einrichtung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß auch die parallel zur Sekundärwicklung des Speisetransformators im Löschstromkreis liegende Kapazität entsprechend geändert wird.
4. Einrichtung nach Anspruch 2 und 3, dadurch gekennzeichnet, daß die die Änderung der Kapazitäten bewirkenden Vorrichtungen, z. B. Umschalter, miteinander gekuppelt sind.

4. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß nach ausreichender Erhitzung der Schichtung bei Unterdruck in dem Heizofen ein über Atmosphärendruck liegender Überdruck erzeugt und die Abkühlung der Schichtung unter diesem Überdruck vorgenommen wird.

der Relaiskern mittels eines ein- oder mehrgängigen Gewindes ein- und ausschraubbar ist.

3. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, gekennzeichnet durch eine axiale Verstellbarkeit des Relaiskernes.
4. Anordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß außer dem eigentlichen Relaiskern (Hauptkern) ein fest an der dem Anker zugewandten Seite des Relais angeordneter Hilfskern vorgesehen ist, der den Ankerhub in einer Richtung begrenzt.
5. Anordnung nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß der Hilfskern aus magnetischem Material besteht.
6. Anordnung nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß der Hilfskern aus nicht- oder wenig magnetischem Material besteht.
7. Anordnung nach Anspruch 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, daß vor die aus Hauptspule und Kondensator bestehende Parallelschaltung die Hilfsspule parallel geschaltet ist und daß zwischen dem Kondensator und der Hilfsspule ein Stromtor mit derartiger Polung eingeschaltet ist, daß der Kondensator sich nur über die Hauptspule entladen kann.

Ansprüche 8 bis 12 siehe Patentschrift.

4. Anschlußkontakt nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Buchse mit einer beim Guß eingegossenen Querwand versehen ist, die eine Durchbohrung für die Kabelseele derart aufweist, daß nach Herstellung der Lötverbindung Säure und Säuredämpfe keinen Zutritt zu der von Isolierung entblößten Kabelseele finden.

5. Anschlußkontakt nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß der Handgriff an seinem Befestigungsstutzen Aussparungen aufweist und die Wandung der Buchsenhülse zum Zwecke einer Verriegelung an diesen Stellen einwärts versickt ist.

6. Anschlußkontakt nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Handgriff in einen winklig ansetzenden Aufnahmezustutzen des Buchsenkörpers eingesetzt ist und oberhalb der Kontaktbuchse ein Hohlraum vorgesehen ist, der nach Einführung und Verlöten des Kabels mit Isoliermasse vergossen ist.

boxylen und mindestens zweiwertigen Alkoholen durch Polykondensation hergestellter Stoff verwendet wird.

3. Papiermembran nach den Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß als Weichharz ein in organischen Lösungsmitteln, wie niederen Alkoholen (Methanol) oder niederen Estern (Methylazetat) gelöster Stoff verwendet wird.
4. Papiermembran nach den Ansprüchen 2 oder 3, dadurch gekennzeichnet, daß das Weichharz in Verbindung mit natürlichen Glyceriden der Oxykarbonsäuren, z. B. Rizinusöl, verwendet wird.

21 c, 14.

DWP 686.

Erf. zugl. Inh.: Richard Kahe, Laubusch (Kreis Hoyerswerda).

Befestigung zwischen Isolatorglocke und -stütze.
3. 9. 1949.

Befestigung zwischen Isolatorglocke und -stütze, dadurch gekennzeichnet, daß die Isolatorstütze mit einem konischen Ansatz und mit einer Konusmutter, die durch Ansätze in eine Quernut der Isolatorglocke eingreifen, versehen ist, durch die eine geschlitzte Hülse derart auseinandergespreizt und gegen die Isolatorglocke gepreßt wird, daß Festsitz erfolgt.

DAP 2628.

21 a², 1/02.

Akt.-Z. P 21 a/5585.

Erf. zugl. Inh.: Carl Ernst Eichhorn, Steinach (Thür.).

Ankeranordnung für magnetische Freischwinger
19. 11. 1949.

Ankeranordnung für magnetische Freischwinger, dadurch gekennzeichnet, daß ein massiver Eisenanker in seinem dem Polschuhspalt zugekehrten Teil bis zur ungefähren Spulenhöhe eingesägt (geschlitzt) ist und die Ankerzinken und der Polschuhspalt so zueinander angeordnet sind, daß in der Mittelstellung des Ankers und in der Querrichtung der Ankerbewegung gesehen, abwechselnd jeweils ein Ankerzinken in seiner Stirnseite überwiegend rechts der Längsachse des Polschuhspaltes und jeweils ein Ankerzinken mit seiner Stirnseite überwiegend links der Längsachse des Polschuhspaltes versetzt sind.

21 a², 11.

DWP 2795.

Akt.-Z. WP 21 a²/11 324.

Erf. zugl. Inh.: Kurt Mende, Leipzig O 5.

Verfahren zur Tränkung von Papiermembranen für Lautsprecher und andere elektroakustische Wandler
10. 2. 1951.

Verfahren zur Tränkung von Papiermembranen für Lautsprecher und andere elektroakustische Wandler, die mit einer härtbaren Harzlösung, bei der der harzbildende Hauptanteil aus Phenol, Xylenol oder Cresolgemischen in Form eines Kondensates besteht, getränkt sind, dadurch gekennzeichnet, daß die physikalische und chemische Aushärtung des harzbildenden Hauptanteils, z. B. die Überführung von Resol in den Resitzustand, zum Teil oder vollständig erst nach Einbau der Membran in den elektroakustischen Wandler erfolgt.

DAP 692.

21 c, 21.

Erf.: Karl Schemelli, Radebeul 2 bei Dresden.

Inh.: Fa. J. Wilhelm Hofmann K. G., Radebeul 2 bei Dresden.

Klemme für Bündelleiter
31. 12. 1950.

1. Klemme für Bündelleiter, dadurch gekennzeichnet, daß diese derart ausgebildet ist, daß durch sie ein Übergang von einem aus einem Mehrseilbündel bestehenden Spannungsfeld auf eine Stromschlaufe aus einem Mehrseilbündel vermindert Teilleiterzahl oder einem Einfachleiter, z. B. einem Hohlseil, erreicht wird.
2. Klemme nach Anspruch 1, gekennzeichnet durch einen Einzelleiter der Stromschlaufe umschließenden Metallkörper, an dessen Außenflächen die Seile des Bündelleiters befestigt werden.
3. Klemme nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß der Metallkörper aus zwei lösbar verschraubten Klemmbacken

21 f, 84/02.

DWP 971.

Erf. zugl. Inh.: Anton Heußner, Radebeul 2 (bei Dresden).

Leuchtstoffröhre mit Störschutz.
22. 7. 1950.

1. Leuchtstoffröhren mit Störschutz, dadurch gekennzeichnet, daß um die Glühkathoden eine innerhalb oder außerhalb des Röhrenkolbens angeordnete statische Abschirmung vorgesehen ist, die über einem Schutzkondensator an einer Netzphase liegt.
2. Leuchtstoffröhren mit Störschutz nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Abschirmung zylinderförmig ist und die Elektroden überdeckt.

DWP 2796.

21 e, 28/01.

Akt.-Z. AW 1003 K 12 530/21 e.

Erf.: Erfinderbeneennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden VEB.

Verfahren zum beliebigen Einstellen von einer verketteten Teilspannung nach Größe und Phasenlage aus zwei gegeneinander winkerverschobenen Einzelspannungen für elektrische Apparate, insbesondere Meßgeräte
5. 4. 1930.

1. Verfahren zum beliebigen Einstellen von einer verketteten Teilspannung nach Größe und Phasenlage aus zwei gegeneinander winkerverschobenen Einzelspannungen für elektrische Apparate, insbesondere Meßgeräte, dadurch gekennzeichnet, daß die Einzelspannungen an die Enden eines Ohmschen induktiven oder kapazitiven Widerstandes ge-

besteht, welche Aussparungen zur Aufnahme eines Kerbringes für den Einzelleiter haben.

4. Klemme nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß der Metallkörper aus einer konischen Hülse besteht, in welcher der Einzelleiter mittels Konus festgeklemmt wird.
5. Klemme nach Anspruch 2 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß auf ihrer Außenfläche Klemmstellen zur Aufnahme der Teilleiter vorgesehen sind, die nach Art der Deckelstromklemmen ausgebildet sind.
6. Klemme nach Anspruch 2 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß sie an ihrer Außenfläche mit mehreren ebenen Kontaktflächen versehen ist, an welche Rohrstromklemmen für die Teilleiter angeschlossen werden.

legt sind und ein Zwischenpunkt an ein neutrales Bezugspotential abgeschlossen ist und die Teilspannung symmetrisch oder unsymmetrisch zu diesem Bezugspotential von dem Widerstand abgegriffen wird.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als Bezugspotential das Erdpotential dient.
3. Verfahren nach Anspruch 1 für Drehstromsystem, dadurch gekennzeichnet, daß als Bezugspotential die dritte Einzelspannung benutzt wird.
4. Verfahren nach Anspruch 1, gekennzeichnet durch seine Anwendung zur Einstellung vergleichender Meßinstrumente, insbesondere statisch arbeitender Synchronisierrichtungen.
5. Verfahren nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Einzelspannungen unmittelbar induktiv oder kapazitiv an den Widerstand angeschlossen sind.

21 e, 11/01.

Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Karl Schneider, Berlin-Adlershof.

DWP 1065.

Spannungsregistriergerät.
27. 4. 1951.

1. Registriergerät zur Aufzeichnung elektrischer Betriebs- oder Überspannungen oder anderer durch eine Spannung abbildbarer Betriebswerte, dadurch gekennzeichnet, daß zum Aufzeichnen eine Amplitudenglimmröhre und als Registrierstreifen ein solcher mit lichtempfindlicher Schicht verwendet wird.
2. Registriergerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Vermeidung von Überstrahlungen, entweder innerhalb der Glimmröhre oder zwischen diese und dem Registrierstreifen, Lichtfächer eingeordnet sind.

21 d', 55/02.

Erf. zugl. Inh.: Louis Berger, Heidenau (Sa.).

DWP 1066.

Elektrische Maschine mit Kühlkörpern am Ständerblechpaket

1. 3. 1951.

1. Elektrische Maschinen mit Kühlkörper am Ständerblechpaket, dadurch gekennzeichnet, daß die Kühlkörper aus Walzeisen, Stahlblech oder Nichteisenmetall auf die Statorbleche aufgeschweißt oder aufgelötet sind.
2. Luftgekühlter Ständer nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß mit den Kühlkörpern die das Blechpaket zusammenpressenden und das Lagerschild aufnehmenden Querringe verschweißt oder verlötet sind.

21 f, 39.

DWP 2631.

Akt.-Z. AW 1231 P 86 308 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
Berlin O 17.

Verfahren zum vakuumdichten Einschmelzen von stromleitenden Metallfolien in Quarzglas unter Miteinbettung der Anschluß- und Stützdrähte

17. 6. 1943.

Verfahren zum vakuumdichten Einschmelzen von stromleitenden Metallfolien, vorzugsweise Molybdänfolien, in Quarzglas unter Miteinbettung der mit den Folien durch Schweißung oder Lötung verbundenen Anschluß- und Stützdrähte, insbesondere zur Herstellung von Quarzglaslampen mit hohen Betriebsdrücken, dadurch gekennzeichnet, daß die

21 c, 39/01.

Akt.-Z. WP 21 c/16 362.

DWP 2629.

Erf. zugl. Inh.: Herbert Müller, Grimma.

Vorrichtung zum Schalten von Schaltungselementen auf Reihen- und Parallelbetrieb

23. 12. 1951.

1. Schaltvorrichtung, bestehend aus zwei relativ zueinander beweglichen Trägern mit Kontakten und Kontaktbrücken, insbesondere für Schaltungselemente der Fernmeldetechnik, zum wahlweisen Umschalten auf Reihen- oder Parallelbetrieb und zu wahlweiser Zuschaltung weiterer Schaltungselemente in Reihe, dadurch gekennzeichnet, daß auf dem einen Träger Anschlußkontakte für zusammenschaltende Schaltungselemente in Gruppen auf zur Drehachse konzentrisch liegenden Kreisen derart symmetrisch angeordnet sind, daß mittels auf dem zweiten Träger vorgesehenen Kontaktbrücken je nach Schaltwinkel der beiden Träger zueinander (0°, 90°, 180°, 270°, 360°) die Reihen-

21 f, 39.

DWP 2630.

Akt.-Z. AW 1226 P 85 196 VIII c/21 f. (Zusatz zu Patent 706 652.)

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
Berlin O 17.

Vakuumdichte Stromeinführung für elektrische Entladungsgefäße aus Quarzglas, insbesondere für Höchstdruckdampflampen

24. 11. 1942.

1. Vakuumdichte Stromeinführung für elektrische Entladungsgefäße aus Quarzglas, insbesondere für Höchstdruckdampflampen, bei der der Mittelteil einer scheibenförmigen Metallfolie mit den Stromzuführungen dicht verschweißt oder verlötet und der frei vorragende Ringrandteil der Metallfolie zwischen die Stirnflächen zweier aneinandergeschmolzener Flanschrohre vakuumdicht eingebettet

21 a4, 8/01

DAP 1153.

Erf. zugl. Inh.: Gerhard Clamann, Dresden,
Werner Grahnert, Dresden-Pillnitz.

Schaltungsanordnung zur Frequenzabgleichung von Schwingungsgeneratoren mit Rückkopplung über einen Wienschen Spannungsteiler

10. 10. 1950.

Schaltungsanordnung zur Frequenzabgleichung von Schwingungsgeneratoren mit einem über einen Wienschen komplexen Spannungsteiler rückgekoppelten Elektronenröhrenverstärker mit mehreren Frequenzbereichen durch Umschaltung der Ohmschen Widerstände, dadurch gekennzeichnet, daß zu einem oder mehreren der frequenzbestimmenden Widerstände die mit der frequenzbestimmenden Teilkapazität in Reihe geschaltet sind, Kapazitäten parallel geschaltet werden.

oder Parallelschaltung von Schaltungselementen und die Zuschaltung mindestens eines weiteren Schaltungselementes in Reihe gewährleistet ist.

2. Schaltungsvorrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die durch die Brücken zu verbindenden Kontakte gleichen Abstand haben.

in das Quarzglas einzubettenden, für die Abdichtung nicht in Betracht kommenden Teile der vorzugsweise aus Wolfram bestehenden Anschluß- und Stützdrähte vor ihrem Einschmelzen in das Quarzglas an der Oberfläche so stark oxidiert werden, daß sie sich beim Abkühlen der fertigen Einschmelzung leichter als blanke Drähte vom Quarzglas ablösen.

ist, nach Patent 706 652, dadurch gekennzeichnet, daß eine im Mittelteil zum Beispiel auf mehr als 80μ verdickte, am Ringrandteil zum Beispiel bis auf etwa 20μ und weniger verjüngte Metallfolie zwischen einem zum Anschmelzen an das Quarzglaslampengefäß dienenden, an der Stirnfläche mit einer hochkieselsäurehaltigen Hilfsglasschicht überzogenen Quarzglasflanschrohr und einem entweder ebenso ausgebildeten, vorzugsweise aber ganz aus hochkieselsäurehaltigem Hilfsglas bestehenden Gegenflanschrohr eingepreßt und eingeschmolzen ist.

2. Vakuumdichte Stromeinführung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß eine gekrümmte, vorzugsweise ringförmig gewellte Metallfolie verwendet ist.
3. Vakuumdichte Stromeinführung nach Anspruch 1—2, dadurch gekennzeichnet, daß die Metallfolie mit den Stromzuführungen unter Zuhilfenahme von Platin verschweißt oder verlötet ist.

Anspruch 4 siehe Patentschrift.

21 a², 11.

DWP 1064

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Eberhard Leibnitz, Böhlitz-Ehrenberg.

Verfahren zur Tränkung und Härtung von Papiermembranen für Lautsprecher und Tauchspulenmikrofone
4. 3. 1951.

1. Verfahren zur Tränkung und Härtung von Papiermembranen für Lautsprecher und Tauchspulenmikrofone, dadurch gekennzeichnet, daß die Membranen mit einer härtbaren Harzlösung getränkt und das eingebrachte Resol durch Verflüchtigung des Lösungsmittels in den Restzustand überführt wird, der Hauptanteil des Resols in die Faser des Membranwerkstoffes eindringt, so daß die Oberfläche der Membranen porös und rauh bleibt.
2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Tränkung der Membranen solche Resole verwendet werden, bei denen der harzbildende Hauptanteil aus Phenol, Kresolgemisch oder, gegebenenfalls in Verbindung mit Harnstoff, aus einem Mischkondensat besteht.

21 f, 61/03.

DWP 1063.

Erf.: Dr. Erich Alexander Göbel, Chemnitz (Sa.).

Inh.: Herta Göbel, geb. Nösel, Chemnitz (Sa.).

Elektrischer Scheinwerfer, insbesondere für Kraftfahrzeuge

4. 4. 1941.

1. Elektrischer Scheinwerfer, insbesondere für Kraftfahrzeuge, mit einer Abschirmung der Reflektorfläche zur blendungsfreien Herabsetzung der Leuchtstärke, dadurch gekennzeichnet, daß der Reflektor mit einer Mehrzahl von radial angeordneten Schlitzen versehen ist, durch welche der Reflektorfläche angepaßte und somit gewölbte Abblendscheiben schiebbar sind, derart, daß die Scheiben eine unmittelbare Abdeckung der spiegelnden Reflektorfläche von der Lichtquelle bis zum äußeren Reflektorrand ermöglichen.
2. Elektrischer Scheinwerfer nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Reflektor von einer drehbaren Haube umgeben ist, die mit den Scheiben in Verbindung steht,

21 a², 26/06.

DWP 1152.

Erf. zugl. Inh.: Franz Hubl, Leipzig O 27, Otto Lutz, Leipzig O 27.

Schaltungsanordnung zur Erzeugung von Rufsignalen in Trägerfrequenzsystemen.
3. 7. 1951.

1. Schaltungsanordnung zur Erzeugung von Rufsignalen in Trägerfrequenzsystemen, dadurch gekennzeichnet, daß in einer als Sendeverstärker arbeitenden Elektronenröhre über einen auf die Ruffrequenz abgestimmten Schwingkreis in Rückkopplungsschaltung gleichzeitig eine Schwingung erzeugt wird, die mittels eines Übertragers abgenommen und dem Modulatoreingang bei Ruf zugeführt wird und daß Mittel zur Amplitudenbegrenzung vorgesehen sind, die dem frequenzbestimmenden Schwingkreis über einen Entkoppungswiderstand parallel geschaltet sind.

21 a², 18/50.

DWP 1151.

Erf. zugl. Inh.: Herbert Bineck, Berlin-Treptow.

Anordnung zur Erzeugung von Schalldrücken für Meßzwecke

7. 3. 1951.

1. Anordnung zur Erzeugung von Schalldrücken für Meßzwecke, dadurch gekennzeichnet, daß als Druckgenerator ein dynamisches Blatt verwendet ist, welches den Abschluß einer flachen Druckkammer bildet, deren zweiter Abschluß gegen die Außenatmosphäre das Prüfobjekt bzw. eine Meßvorrichtung ist.
2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß das von Wechselstrom veränderlicher Frequenz durchflossene dynamische Blatt (Folie) im homogenen Teil des Magnetfeldes einer Spulenordnung nach Helmholtz schwingt.
3. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß der Durchmesser der Folie klein gegenüber dem Durchmesser der Helmholtzspulen ist.

21 a⁴, 10

DWP 1170

(Zusatz zu DRP 738 720)
Erf.: Dr. Eduard Gerber, Jena; Dr. Werner Weihe, Jena;
Franz Peter, Jena

Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Optik Carl Zeiß Jena VEB, Jena

Fassung für piezoelektrische Kristallplatten
24. 3. 1940

1. Fassung für piezoelektrische Kristallplatten, bei der die Kristallplatte durch nichtleitende Halter, die gleichzeitig Träger der im Abstand von der Kristallplatte angeordneten Elektroden sind, am Rand unter einstellbarem, von dem Elektrodenabstand von der Kristallplatte unabhängigen, auf die den Elektroden zugewandten Kristallflächen ausgeübten Druck gehalten ist, nach Patent 738 720, dadurch gekennzeichnet, daß die Elektroden mit den Kristallhaltern unlösbar verbunden sind.
2. Fassung nach Anspruch 1, insbesondere für Kristallplatten mit kreisförmigem Hauptschnitt, dadurch gekennzeichnet,

21 d², 49.

DWP 2010.

Erf.: Richard Crämer, Kassel.

Inh.: VEM Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“ VEB, Berlin-Oberschöneweide.

Hochvoltspule für Stromwandler
21. 10. 1948.

1. Hochvoltspule für Stromwandler, dadurch gekennzeichnet, daß die Spule so geformt ist, daß der Teil, von dem die Ableitungen abgehen, einen größeren Abstand von der Niedervoltspule aufweist als die übrigen Teile der Spule.
2. Hochvoltspule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Hochvoltspule aus einzelnen offenen Windungen besteht, deren Enden durch den Durchführungsisolator geführt und in dessen Kopf in Reihe geschaltet sind.

derart, daß diese Scheiben die Bewegung der Haube mit ausführen.

3. Elektrischer Scheinwerfer nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Haube an der Fassung einer Leuchte und entgegen dem Zug einer Feder drehbar gelagert ist.
4. Elektrischer Scheinwerfer, nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Schlitze des Reflektors derart ausgebildet sind, daß sie die Bewegung der Scheiben gegen und von der Innenfläche des Reflektors erleichtern und sichern und daß ferner der Reflektor mit einer Einrichtung versehen ist, welche eine Führung der Scheiben an der Innenfläche des Reflektors ermöglicht.
5. Elektrischer Scheinwerfer nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß vorzugsweise die Innenfläche der Scheiben geraut ist.
6. Elektrischer Scheinwerfer nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß die Scheiben bzw. deren Haube mittels eines Bowdenzuges oder mittels eines Elektromagneten ihre drehende Bewegung erhalten.

3. Verfahren nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die zur Härzung der Membranen dienenden Phenol-Resole auf 1 Mol Phenol mindestens 2,5 Mol Formaldehyd in gebundener Form enthalten und nach Vorkondensation in alkalischem Medium, vor der Tränkung der Membran eine Neutralisation des Alkalis vorgenommen wird.
4. Verfahren nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß Mischkondensationsprodukte verwendet werden, die maximal auf 1 Mol Harnstoff bzw. Melamin mindestens 2 Mol Phenol enthalten und in alkalischer Vorkondensation gebildet werden.
5. Verfahren nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Tränkung der Membranen mit einer auf schwache Säurereaktion gestellten Lösung des Resols in organischen Lösungsmitteln vorgenommen und, anschließend an die Verdunstung des Lösungsmittels, die Überführung in Resit durch strahlende Wärme in einem kurzen Zeitraum durchgeführt wird.

Ansprüche 6 bis 9 siehe Patentschrift.

4. Anordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß das dynamische Blatt um die Mittelachse der Helmholtzspulen drehbar gelagert ist.
5. Anordnung nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß auf die Folie in ihrer Randzone beiderseits ein flaches Luftpolster zur Dämpfung vorgesehen ist.
6. Anordnung nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß die Begrenzung der Luftpolster beiderseits der wirklichen Randzone der Folie in geringem Abstand von der Folie liegt und so gestaltet ist, daß sie vorzugsweise ein scheibenförmiges Stück der Folie begrenzt.

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als Verstärkerröhre eine Röhre mit hohem Innenwiderstand verwendet ist.
3. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Schirmgitterkreis für die Rückkopplungsschaltung herangezogen ist.

1701

daß die Halter Hohlprismen, insbesondere Hohlzylinder sind, die an der der Kristallplatte abgewandten Seite einen Boden haben, und daß die betreffende Elektrode mindestens mit dem Boden fest verbunden ist.

3. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Elektroden an den vorzugsweise aus keramischem Material bestehenden Haltern angelötet sind.
4. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Kristallhalter aus Glas oder organischem Glas bestehen und die betreffende Elektrode allseitig bis auf die der Kristallplatte zugewandte Seite umgeben.
5. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Elektroden in die vorzugsweise aus Glas oder organischem Glas bestehenden Halter eingepreßt sind.
6. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die der Kristallplatte zugewandte Seite der Elektrode zusammen mit dem Halter einen Hohlzylinder aufweist, derart, daß ein über die Elektrode hinausragender, insbesondere scharfkantiger Rand an dem Halter gebildet ist, der zur Halterung der Kristallplatte an deren Rande dient.

Anspruch 7 siehe Patentschrift.

21 c, 25/01.

DAP 1173.

Erf.: Walter Stäcker, Hamburg-Groß-Borstel,
Philipp Molter, Hamburg 19.

Inh.: Hoppmann & Mulsow, Hamburg.

Wasserdichte Abzweigdose aus Isolierpreßstoff oder dgl.
7. 3. 1939.

1. Wasserdichte Abzweigdose aus Isolierpreßstoff u. dgl. mit stopfbuchsenartigen Leitungseinführungen und einem unter Zwischenschaltung einer Dichtung durch Verschraubung befestigten Deckel, dadurch gekennzeichnet, daß die Befestigung des Deckels durch eine zentral angeordnete Schraube erfolgt, deren Durchtrittsöffnung durch den Deckel stopfbuchsenartig abgedichtet ist.
2. Abzweigdose nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß für die Deckelbefestigungsschraube in der Stopfbuchse

21 a, 10

DWP 1171
(Zusatz zu DRP 738720)

Erf.: Dr. Eduard Gerber, Jena
Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Optik Carl Zeiß
Jena VEB, Jena

Fassung für piezoelektrische Kristallplatten
9. 4. 1940

1. Fassung für piezoelektrische Kristallplatten, bei der die Kristallplatte durch nichtleitende Halter am Rand unter einstellbarem auf die den Elektroden zugewandten Kristallflächen ausgeübt und von dem Elektrodenabstand unabhängigen Druck gehalten ist und die Elektroden im Abstand vom Kristall angeordnet sind, nach Patent 738 720, dadurch gekennzeichnet, daß bei Verwendung von Kristallplatten mit Facetten die nichtleitenden Halter am äußeren Rande der Facette in der Dickenrichtung der Kristallplatte angreifen.

21 e, 36/01.

DWP 1245.

Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Karl Schneider, Berlin-Adlershof.

Wirk- und Blindstrommesser.
3. 8. 1951.

1. Wirk- und Blindstrommesser, dadurch gekennzeichnet, daß zur Anzeige der Wirk- und Blindstromkomponente nach dem stroboskopischen Prinzip ein Stromanzeigorgan für die Momentanwerte des Stromes hinter einer stroboskopischen Scheibe angeordnet ist derart, daß das Anzeigorgan vorzugsweise mit Blende gegenüber der Scheibe in ihrer Drehrichtung auf Spannungmaximum bzw. Spannungsnulldpunkt einstellbar ist, deren Lage durch Umdrehungszahl, Schlitzzahl und den elektrischen Antrieb über die Betriebsspannung vorbestimmt ist.
2. Wirk- und Blindstrommesser nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß als Stromanzeigorgan eine Amplituden-

21 c, 23/01.

DWP 1246.

Erf. zugl. Inh.: Martin Dittelbach, Erlangen, Karl Dittelbach, Leipzig W 31.

Klemmkabelschuh mit längsgeschlitztem konischen Klemmstück und Mutter
10. 11. 1950.

1. Klemmkabelschuh mit längsgeschlitztem konischen Klemmstück und Mutter, dadurch gekennzeichnet, daß das aus Blech bestehende Klemmstück mit mehreren an seinem Umfang verteilten längsrippenartigen zur Klemmplatte hin ansteigenden Erhöhungen versehen ist, auf welche die Mutter während des Schraubvorganges Gewindgänge einschneidet und damit gleichzeitig das Klemmstück an den eingesteckten Leitungsdraht preßt.
2. Klemmkabelschuh nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die längsrippenartigen, keilförmig verlaufenden Erhöhungen des hülsenartigen Klemmstückes durch Prägen von streifenförmigen in das Blechmaterial eingeschnittenen Segmenten gebildet werden.

21 c, 59/25.

DWP 1242.

Erf. zugl. Inh.: Rolf Wagner, Hartha (Sachsen).

Flihkraftschalter für Elektromotoren.
25. 11. 1949.

1. Flihkraftschalter für Elektromotoren, dadurch gekennzeichnet, daß zum Öffnen der Kontakte für die Hilfsphase ein Schaltorgan verwendet wird, das beim Einschalten des Motors unter der Wirkung seines Magnetfeldes steht, und das Schaltorgan mit Flihgewichten vorgesehen ist, die die Läufer hin und damit zum momentartigen Anzug zum magnetischen Kräfte freigibt, sobald die Drehzahl zur Betätigung der Flihgewichte und damit zur Aufhebung der Verriegelung erreicht ist, derart, daß die Kontakte geöffnet bleiben, solange der Motor an Spannung liegt.
2. Flihkraftschalter nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß das Schaltorgan aus einer Eisenblechkappe, deren

21 h, 32/04.

Akt.-Z. AW 542 M 160 634 VIII c/21 h.
Erf.: Clemens Dietrich, Dolsthaida.

Inh.: Eigentum des Volkes.
Rechtstr.: VEB Lauchhammerwerk, Lauchhammer
(Sa.-Anh.).

DWP 1241.

Schaltungsanordnung zum selbsttätigen An- und Abschalten einer Schweißmaschine
14. 7. 1944.

1. Schaltungsanordnung zum selbsttätigen An- und Abschalten des Antriebsmotors einer Lichtbogenschweißmaschine, dadurch gekennzeichnet, daß im Schweißstromkreis ein Generatorschutz vorgesehen ist und über die Schweißelektrode und das Schweißgut ein Steuerstromkreis für das Schaltschutz mit Haltekontakt führt sowie das Generatorschutz und Schaltschutz derart mit einem Thermorelais zusammengeschaltet sind, daß anfangs der Schweißstrom-

2. Fassung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Kristallplatte in einem Gehäuse angeordnet ist, in dem die Elektroden mittels Gewinde gegenüber der Kristallplatte verstellbar sind.
 3. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß ein am inneren Umfang des Gehäuses umlaufender, ringförmiger Vorsprung vorgesehen ist, auf dem die Kristallplatte nur mit dem äußersten Rande ihrer Facette aufliegt.
 4. Fassung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß im Innern des Gehäuses nasenförmige Vorsprünge vorgesehen sind, auf denen die Kristallplatte nur mit dem äußersten Rande ihrer Facette aufliegt.
 5. Fassung nach Anspruch 3 und 4, dadurch gekennzeichnet, daß ein Rahmen aus Isoliermaterial vorgesehen ist, der nur auf dem äußersten Rand der Facette aufliegt und durch den die Kristallplatte gegen die Vorsprünge im Gehäuse gedrückt wird.
 6. Fassung nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß der Rahmen mit einer ringförmigen Schneide auf dem äußersten Rande der Facette aufliegt.
- Ansprüche 7 bis 10 siehe Patentschrift.*

3. Klemmkabelschuh nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die längsrippenartigen, keilförmig verlaufenden Erhöhungen der Hülse durch Falten eines entsprechend gestalteten Blechstreifens bei der Herstellung der Hülse gebildet werden.
4. Klemmkabelschuh nach den Ansprüchen 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung einer besonders guten Kontaktgabe sowie einer einwandfreien mechanischen Befestigung des Leitungsdrahtes die Hülse auf der Innenseite mit warzenartigen Erhöhungen versehen ist.
5. Klemmkabelschuh nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zu dessen Herstellung einseitig plattiertes Blech verwendet ist.

- kreis durch das Generatorschütz unterbrochen ist, durch das Berühren der Schweißelektrode mit dem Schweißgut der Steuerstromkreis geschlossen wird und über weitere Hilfskontakte des Schaltschützes der Schweißstromkreis durch das Generatorschütz geschlossen wird, und daß schließlich beim Abziehen der Schweißelektrode zur Unterbrechung des Schweißstromes das Thermorelais, das an den Klemmen der Schweißmaschine liegt und durch die erhöhte Schweißmaschinenstromspannung anspricht, mit seinem Kontaktpaar den Steuerstromkreis für die Schaltschützspule unterbricht.
2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß im Thermorelais im Zuge des Steuerstromkreises ein zweites Kontaktpaar mit weiterer Verzögerung angeordnet ist.

- ein Anschlag vorgesehen ist, durch welchen das Zusammendrücken der Stopfbuchsendichtung begrenzt wird.
3. Abzweigdose nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Deckelbefestigungsschraube aus Isolierpreßstoff besteht.
4. Abzweigdose nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Durchtrittsöffnung für die Deckelbefestigungsschraube entweder durch eine Madenschraube oder durch Isoliermasse abgedeckt ist, die gegebenenfalls in Tablettenform, vorzugsweise in einer an der Innenseite des Deckels vorgesehenen Nische, vorrätig gehalten wird.
5. Abzweigdose nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß das Gegengewinde für die Deckelbefestigungsschraube in einer im Klemmsockel zentral angeordneten Klemme oder im Klemmsockel selbst angeordnet ist.
6. Abzweigdose nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß über der Durchtrittsöffnung für die Deckelbefestigungsschraube ein Übergangs- oder Befestigungsstutzen angeordnet ist.

- glimmröhre verwendet wird, die über einen Stromspannungswandler mit dem Meßstromkreis verbunden ist.
3. Wirk- und Blindstrommesser nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß an der stroboskopischen Scheibe die Zahl der Schlitze und die Drehzahl der Scheibe durch ein Untersetzungsgetriebe so gewählt sind, daß die Meßstellen im Spannungsmaximum und im Spannungsnullpunkt in einem schmalen Sektor liegen.
 4. Wirk- und Blindstrommesser nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Amplitudenglimmröhre mit Schlitzblende an einem Halter befestigt ist, der in einer Führung beweglich angeordnet ist, daß die Überdeckung des Schlitzes der Schlitzblende durch die Schlitze der stroboskopischen Scheibe genau auf Spannungsmaximum bzw. auf Spannungsnullpunkt einstellbar ist.
 5. Wirk- und Blindstrommesser nach Ansprüchen 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß das stroboskopische Meßwerk in einer Dose eingebaut ist, die ein Fenster mit Blendschutz hat.
- 735

- offene Seite den Kurzschlußring des Läufers umfaßt, und aus einer Nabe mit Verriegelungsbund besteht, mit der Kappe auf der Motorwelle geführt wird.
3. Fliehkraftschalter nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der ruhende Kontakt auf einem Isolierling befestigt ist, der durch seine Halteschraube am Gehäuse von außen verstellbar werden kann.
 4. Fliehkraftschalter nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Fliehgewichte der Verriegelung mit Abfassungen versehen sind, die beim Ausschleudern der Fliehgewichte die Kappe an ihren Aussparungen angreifen und zusätzlich an den Läufer andrücken.

21 f, 39 32, a)

DWP 1238

(Zusatz zu DWP 1237)

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt
 Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17
Ofenanlage zur maschinellen Wärmebehandlung von Glasröhren für die Herstellung von elektrischen Leuchtröhren, insbesondere Leuchtstoffröhren
 17. 8. 1943

Ofenanlage zur maschinellen Wärmebehandlung von Glasröhren für die Herstellung von elektrischen Leuchtröhren, insbesondere Leuchtstoffröhren, nach Patent Nr. 1237, dadurch gekennzeichnet, daß bei Verwendung von in Richtung des Glasrohrvorschubes gedrehten Rostwalzen sich der Durchmesser der Rostwalzen, einschließlich etwa übergeschobener Drahtwendeln, zum Glasrohrdurchmesser wie 1:0,8 bis 1:2 und der Glasrohrdurchmesser zum Rostwalzenabstand wie

21 f, 39.

DWP 1237.

Akt.-Z. AW 1266 P 86 417 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.
 Inh.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17.
Ofenanlage zur maschinellen Wärmebehandlung von Glasröhren für die Herstellung von elektrischen Leuchtröhren, insbesondere Leuchtstoffröhren
 6. 7. 1943.

1. Ofenanlage zur maschinellen Wärmebehandlung von Glasröhren für die Herstellung von elektrischen Leuchtröhren, insbesondere Leuchtstoffröhren, gekennzeichnet durch einen in einem standfesten Gestell waagrecht oder schräg geneigt eingebauten, zum Auflagern der Glasröhren dienenden Rost aus in geringem gegenseitigem Abstand parallel nebeneinander angeordneten umlaufenden Walzen, einen unter der vorderen Hälfte des Rostes angeordneten Gasluftbrenner mit sich unter die ganze Länge der auflagernden Glasröhren hinweg erstreckenden, parallel zu-

21 f, 40

DWP 1236

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt
 Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17
Einrichtung zur Steuerung eines Brenners an Entlüftungsmaschinen für elektrische Glühlampen und ähnliche Glasgefäße
 24. 9. 1944

1. Einrichtung zum Steuern eines Brenners an Entlüftungsmaschinen für elektrische Glühlampen und ähnliche Glasgefäße, dadurch gekennzeichnet, daß in den Stromkreis eines bei undichter Lampe ansprechenden, an die letzte Feinvakuumpumpestellung angeschlossenen Quecksilberkontaktmanometers ein Relais gelegt und zwischen diesem und dem den Gaszufluß zum Abchmelzbrenner regelnden Schalthebel ein Sperrhebel angeordnet ist, der den Schalthebel für gewöhnlich entgegen der Wirkung einer Feder in der

21 a², 2/02.

DWP 1265.

Erf. zugl. Inh.: Herbert Binock, Berlin-Treptow.
Anordnung zur Halterung bzw. Lagerung eines schwingenden Körpers mittels eines schwingungsfähigen Systems, insbesondere einer Spinne für akustische Antriebssysteme.
 16. 2. 1951.

1. Anordnung zur Halterung bzw. Lagerung eines schwingenden Körpers mittels eines schwingungsfähigen Systems, insbesondere mittels einer Spinne für akustische Antriebssysteme, dadurch gekennzeichnet, daß das schwingungsfähige System zwischen schwingungsenergieverzehrenden Auflagern eingebettet ist.
 2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die schwingungsenergieverzehrenden Auflagern aus einem weichen Material mit großer innerer Reibung (dämpfendem Mittel) bestehen.

21 a², 36/12.

DWP 1363.

Erf. zugl. Inh.: Dr. Otto Henkler, Berlin-Rosenthal, Reinhard Bartsch, Berlin-Charlottenburg.
Anordnung zur elektrischen Trennung von Stromwegen.
 27. 10. 1949.

1. Anordnung zur elektrischen Trennung von Stromwegen, insbesondere in Fernmeldeanlagen, dadurch gekennzeichnet, daß für jeden Stromweg paarweise in Gegentakt geschaltete, zeitlich fremdgesteuerte Nichtlinearitäten verwendet sind.
 2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Nichtlinearitäten Trockengleichrichter, Elektronenröhren, Gasentladungsstrecken oder Stromtore sind.
 3. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Nichtlinearitäten eine einseitige Durchlaßrichtung besitzen.
 4. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Steuerung des Durchlasses der Nichtlinearitäten als Fremdsteuerung mittels einer Hilfsfrequenz erfolgt.
 5. Anordnung nach Anspruch 1 und 4, dadurch gekennzeichnet, daß solche Gegentaktanschaltungen verwendet sind, bei denen

21 g, 4/01.
20 I, 29.

DWP 1302.

Erf.: Max Göpfert, Berlin.
 Inh.: Eigentum des Volkes.
 Rechtstr.: Mechanik Gaselan VEB, Berlin O 17.
Erschütterungsunempfindliche Relaisanordnung zur Erzielung periodischer Schaltvorgänge von längerer Dauer
 13. 12. 1941.

1. Erschütterungsunempfindliche Relaisanordnung zur Erzielung periodischer Schaltvorgänge von längerer Dauer durch Ausnutzung eines elektrischen Kondensators, welcher zusammen mit einem polarisierten Relais Anwendung findet, das zwei Spulen besitzt, eine mit dem Kondensator verbundene, vorzugsweise eine dem Kondensator parallel geschaltete Hauptspule und eine schwächere Gegenspule, dadurch gekennzeichnet, daß die Gegenspule, vom Stromkreis der Hauptspule getrennt, ständig unmittelbar an

einander angeordneten Brennerröhren und einer Anzahl von zu beiden Seiten des Rostes am Ofengestell gelagerten, zwischen die Rostwalzenenden eintretenden Hebeln, die durch Wirkung von an umlaufenden Ketten befestigten Mitnehmerstiften derart nacheinander aufwärtsgeschwenkt werden, daß die am Auslaufende eines Rostes aufliegende vorderste Glasröhre aus dem Rost herausgehoben und einem Auffangkasten zugeleitet wird, während die nächstfolgenden Glasröhren jeweils aus ihren durch zwei benachbarte Rostwalzen gebildeten Auflagerstellungen herausgehoben und in die vorausgehenden Auflagerstellungen hinübergeschoben werden.

2. Ofenanlage nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Heraushebung der Glasröhren aus dem Walzenrost einarmige Winkelhebel dienen, die je unterhalb einer Walze gelagert sind und mit ihrem aufwärtsragenden, ausschwenkbaren Ende auf dem Umfang der nächstliegenden Walze ruhen.

Ansprüche 3 bis 5 siehe Patentschrift.

1:1 bis 1:1,5 verhält und daß außerdem der Kettenraddurchmesser der die Mitnehmerstifte tragenden umlaufenden Ketten derart bemessen ist, daß beim Kettenumlauf die Mitnehmerstifte des jeweils auf den zur Zuführung neuer Glasröhren dienenden Leitblechen ruhende Glasrohr an der von dem Walzenrost abgekehrten Seite treffen, so daß unter Fortfall von zwischen die Rostwalzenenden eintretenden Hebeln durch Wirkung des mittels der Mitnehmerstifte von den Leitblechen angehobenen und in die hinterste Rostaufлагestellung übergeleiteten Glasrohres sämtliche vor diesem auf dem Rost liegenden Glasröhren um einen Walzenabstand vorangedrückt werden.

3. Anordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß das dämpfende Mittel mit vulkanisierbarer Gummilösung getränkte und dann vulkanisierte Watte ist, die an die Stege der Spinne einerseits und geklebt ist.
4. Anordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Stege der Spinne vorzugsweise gerade oder nur schwach an ein Fundament andererseits gekrümmt sind.

Offenstellung hält, dagegen bei Ansprechen des Relais freigeht, so daß der Schalthebel dann durch Wirkung seiner Feder selbsttätig in die Schließstellung bewegt wird.

2. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der unter dem Einfluß des Relais stehende Sperrhebel einen tastenartigen Verlängerungsarm aufweist, durch dessen Niederdrücken ein Ausschwenken des Sperrhebels und ein Überführen des den Gaszufuß zum Abchmelzbrenner regelnden Schalthebels in die Schließstellung veranlaßt wird.

Spannung liegt und daß von dem Anker des polarisierten Relais ein Schaltrelais gesteuert wird, welches den Ladestromkreis des Kondensators und den Verbraucher schaltet.

2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der als Umschaltkontakt ausgebildete Anker des polarisierten Relais im spannungslosen Zustand des Relais in der Mitte zwischen den beiden Umschaltkontakten steht.
3. Anordnung nach den Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß der Anker des polarisierten Relais unter dem alleinigen Einfluß der Gegenwicklung, die eine Endlage einnimmt, d. h. den einen Umschaltkontakt schließt.
4. Anordnung nach den Ansprüchen 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß der Anker des polarisierten Relais unter dem Einfluß beider Spulen eine dem langsamen Anwachsen des magnetischen Feldes in der Hauptspule, die die Wirkung des Feldes der Gegenspule überwinden muß, eine entsprechende langsame Schaltbewegung von der einen Endlage in die andere ausführt.

Anspruch 5 siehe Patentschrift.

- die Steuerfrequenz z. B. primärseitig den Mitten von Übertragern zugeführt wird, so daß sie nicht an den äußeren Klemmen der Übertragungswege auftritt.
6. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Schalter an einer solchen Stelle der Stromwege eingeschaltet ist, an der eine verhältnismäßig kleine Steuerleistung benötigt wird.
 7. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die im Übertragungsweg angeordneten Verstärkerröhren gleichzeitig als gesteuerte Nichtlinearitäten ausgebildet sind.
 8. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß sie in einem Rückkopplungsweg angeordnet ist, der teilweise akustisch geschlossen ist.

Ansprüche 9 und 10 siehe Patentschrift.

1787

21 a², 18/01

DWP 1517

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Günter Nüsslein, Berlin-Hohenschönhausen

Verstärker mit mehrfacher Rückkopplung

12. 3. 1941

1. Mehrfach rückgekoppelter Verstärker, bei dem sämtliche Rückkopplungen vom Ausgang auf den Eingang zurückwirken, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung stabilerer, extremer Eingangs- und Ausgangswiderstände bei den vier möglichen Rückkopplungsarten zwei oder drei Rückkopplungen positiv, und zwar so bemessen sind, daß von den sich ergebenden Verstärkungskennwerten zwei oder drei unendlich oder nahezu unendlich groß werden und eine weitere Rückkopplung negativ ausgeführt und derart bemessen ist, daß die durch die positiven Rückkopplungen entstehenden Erhöhungen des Verstärkungskennwertes derart überkompensiert werden, daß eine Selbsterregung des Verstärkers vermieden wird.

21 a², 18/06.

DAP 1459.

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Günter Nüßlein, Berlin-Hohenschönhausen.

Schaltungsanordnung zur Verstärkung von Gleichspannungen oder -strömen.

5. 6. 1951.

1. Schaltungsanordnung für Verstärker für Gleichspannungen oder -ströme mit Wechselrichter, Wechselstromverstärker, phasenempfindlichem Gleichrichter und Gegenkopplung, dadurch gekennzeichnet, daß ein als Wechselrichter arbeitender Umschalter, z. B. ein Telegraphenrelais, so angeordnet ist, daß er den Eingang des Wechselstromverstärkers beim Abschalten der Eingangsgleichspannung kurzschließt.
2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zwischen Wechselrichter und Wechselstromverstärker ein für Gleichspannung undurchlässiger Vierpol geschaltet ist.

21 f, 39.

DWP 1519.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17.

Verfahren zum Einschmelzen eines Stromleiters in Quarzglas oder ähnliche hochschmelzende Gläser.

12. 3. 1944.

1. Verfahren zum Einschmelzen eines Stromleiters aus Molybdän, Wolfram oder deren Legierungen in Quarzglas oder ähnliche hochschmelzende Gläser, bei dem der vorzugsweise aus einer Folie mit beiderseits angeschlossenen Drähten bestehende Stromleiter in ein Quarzglasrohr eingeschoben und dann dieses durch äußere Brennerflammen bis zum Erweichen erhitzt und an den Stromleiter angepreßt wird, dadurch gekennzeichnet, daß der Stromleiter während der Hoherhitzung des Quarzglases auf einer unterhalb seiner Rekristallisationstemperatur von etwa 1500° C liegenden

21 g, 29/01

DWP 1518

Erf.: Hermann Orlamünde, Wöllnitz bei Jena

Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Optik Carl Zeiß Jena VEB, Jena

Lichtempfindliche Widerstandszelle und Verfahren zu ihrer Herstellung

3. 12. 1940

1. Verfahren zur Herstellung einer lichtempfindlichen Widerstandszelle, bei der der lichtempfindliche Stoff unmittelbar auf einem strahlendurchlässigen Träger aufgebracht ist, durch den hindurch er bestrahlt werden soll, und bei der die Zu- und Ableitelektrode auf der der Lichteinfallseite abgekehrten Seite der lichtempfindlichen Schicht befestigt sind, dadurch gekennzeichnet, daß nach dem Aufbringen des lichtempfindlichen Stoffes auf den Träger die beiden Elektroden aus einem der Stoffe Cadmium, Zinn, Thallium oder Blei in kaltem Zustand unmittelbar, also ohne Zwischen-

21 a², 18/01

DWP 1571

Erf. zugl. Inh.: Dr.-Ing. Günter Nüsslein, Berlin-Hohenschönhausen

Verstärker mit zweifacher Rückkopplung

12. 3. 1941

1. Zweifach rückgekoppelter Verstärker, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung eines stabilisierten, extremen Eingangswiderstandes gleichzeitig eine positive und eine negative Rückkopplung so angewendet werden, daß einerseits für sehr kleine Eingangswiderstände mit Hilfe einer positiven Rückkopplung, die vom Ausgang auf die Eingangsspannung einwirkt, die Summe von reziproker resultierender Spannungsstromverstärkung und der Quotienten: Verbraucherwiderstand dividiert durch resultierende Spannungsverstärkung gleich Null oder nahezu gleich Null wird, während eine negative Rückkopplung, die vom Ausgang auf den Eingangsstrom einwirkt, den durch die positive

21 a⁴, 68.

DWP 1560.

Erf. zugl. Inh.: Johannes Rohnfeld, Neuhaus am Rennweg.

Von gasförmigem oder flüssigem Stoff durchströmte Hohlleiterspule.

7. 6. 1951.

1. Von gasförmigem oder flüssigem Stoff durchströmte Hohlleiterspule, dadurch gekennzeichnet, daß Zu- und Ableitung des durchströmenden Stoffes an solchen Stellen der Spule erfolgen, deren elektrische Potentiale gleich oder nahezu gleich dem Potential der Quelle des durchströmenden Stoffes sind.
2. Hohlleiterspule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Anschlußstellen für den elektrischen Strom nicht identisch sind mit den Zuführungsstellen für den durchströmenden Stoff.
3. Hohlleiterspule nach Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß sich Zu- und Ableitung für den durchströmen-

3. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Kathode der ersten Röhre unmittelbar mit dem Eingang des Wechselstromverstärkers verbunden ist.
4. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß für die Röhrenheizung entweder eine Spannung mit Netzfrequenz und für die Speisung des Wechselrichters eine Spannung mit anderer Frequenz oder für die Speisung des Wechselrichters eine Spannung mit Netzfrequenz und für die Röhrenheizung eine Spannung anderer Frequenz verwendet wird.
5. Schaltungsanordnung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß als Spannung anderer Frequenz eine Spannung mit der doppelten Netzfrequenz verwendet wird.
6. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzeugung der Spannung mit der doppelten Netzfrequenz eine Gleichrichteranordnung verwendet ist, bei der beide Halbwellen der Netzspannung gleichgerichtet werden.

Ansprüche 7 und 8 stehe Patentschrift.

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung mehrerer Rückkopplungen beliebigen Vorzeichens der Verbraucherwiderstand in einer Brücke angeordnet ist, deren eine Diagonale vom Ausgang des eigentlichen Verstärkers gespeist wird, und daß mit dem Verbraucherwiderstand in dessen Brückenzweig ein weiterer Widerstand in Reihe liegt, daß ferner der Verbraucherwiderstand von einem Spannungsteiler überbrückt wird und die auf den Eingang zurückzuführenden Spannungen und Ströme von der anderen Brückendiagonale sowie vom Abgriff des Spannungsteilers abgenommen werden.
3. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß in einem bestimmten Frequenzbereich den positiven Rückkopplungen nach Betrag und Phase durch bekannte Schaltmittel ein entgegengesetzter Verlauf zu den zugehörigen Verstärkungskennwerten gegeben wird.

mittel, auf die lichtempfindliche Schicht so stark aufgepreßt werden, daß sie an ihr nach Aufhören des Preßdruckes von selbst gut haften.

2. Lichtempfindliche Widerstandszelle, die nach Anspruch 1 hergestellt ist, dadurch gekennzeichnet, daß die lichtempfindliche Schicht aus Thalliumsulfid und die Elektroden aus Bismut bestehen.
3. Lichtempfindliche Widerstandszelle, die nach Anspruch 1 hergestellt ist, dadurch gekennzeichnet, daß die freien Enden der Elektroden so ausgebildet sind, daß sie zugleich als Anschlußstücke für die Stromleitungen geeignet sind.

Temperatur, vorzugsweise auf einer Temperatur von weniger als 1000° C. gehalten wird, entweder mittels eines mit großer Geschwindigkeit durch das Quarzglasrohr hindurchgedrückten Kühlgasstromes oder durch Einschieben des Stromleiters in das bereits hocherhitzte Quarzglasrohr erst kurz vor dem Anpressen des Quarzglases.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Verbesserung der Haftung am Quarzglas die Folien vor dem Einpressen in bekannter Weise an der Oberfläche aufgeraut und an den Kanten zugespitzt werden.

den Stoff an dem gleichen oder nahezu gleichen Punkte der Spule befinden.

4. Hohlleiterspule nach Ansprüchen 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Anschlußstellen für Zu- und Ableitung des durchströmenden Stoffes keine Potentialdifferenz gegen Erde aufweisen.
5. Hohlleiterspule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Spule aus mehreren Hohlleitern besteht.

Rückkopplung erhöhten Verstärkungskennwert mindestens so weit verringert, daß Selbsterregung vermieden wird; und andererseits für sehr große Eingangswiderstände mit Hilfe einer positiven Rückkopplung, die vom Ausgang auf den Eingangsstrom einwirkt, die Summe von reziproker resultierender Stromverstärkung und dem Quotienten Verbraucherwiderstand dividiert durch resultierende Stromspannungsverstärkung gleich Null oder nahezu gleich Null wird, während eine negative Rückkopplung, die vom Ausgang auf die Eingangsspannung einwirkt, den durch die positive Rückkopplung erhöhten Verstärkungskennwert mindestens so weit verringert, daß Selbsterregung vermieden wird.

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß in einem bestimmten Frequenzbereich der positiven Rückkopplung nach Betrag und Phase durch bekannte Schaltmittel ein entgegengesetzter Verlauf zu dem zugehörigen Verstärkungskennwert gegeben wird.

21 g, 1/02.

DWP 1626.

Erf. zugl. Inh.: Dr. Johannes Clausnitzer, Weinböhla bei Dresden.

Elektrische Spule.

27. 2. 1951.

1. Elektrische Spule, dadurch gekennzeichnet, daß sie tränkungslos lediglich durch Wärme verbacken ist und das Verbacken durch thermoplastische Stoffe erfolgt, mit denen die Elemente der Wicklung für sich lagerfähig versehen sind.
2. Elektrische Spule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der verwendete elektrische Leiter über der bekannten Isolierung aus Lack oder Umspinnung von vornherein lagerfähig noch eine thermoplastische Umhüllung besitzt.
3. Elektrische Spule nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der verwendete elektrische Leiter mit Umspinnmitteln versehen ist, die von vornherein lagerfähig entweder nur oberflächlich mit einem Thermoplasten behandelt sind oder einen solchen enthalten.

21 d¹, 57/01

DWP 1572

Erf.: Heinrich Schmieder, Zwickau

Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: IFA Forschungs- und Entwicklungswerk VEB, Chemnitz
Lüftungsscheibe für elektrische Maschinen, insbesondere für Kraftfahrzeuglichtmaschinen

15. 8. 1944

1. Lüftungsscheibe für elektrische Maschinen, insbesondere für Kraftfahrzeuglichtmaschinen, dadurch gekennzeichnet, daß die Lüfterradschaufeln aus einem schmalen, geraden, in entsprechender Länge zugeschnittenen Streifen gebildet werden, der derart gefaltet ist, daß die zwischen zwei Ringscheiben liegenden Schaufeln sich der Scheibenrundung anpassen.
2. Lüftungsscheibe nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Schaufelteile in einem bestimmten Winkel nach der äußeren Scheibenringkante zu geneigt sind.

21 a², 29/01

DWP 1670

Erf. zugl. Inh.: Georg Biniek, Berlin-Oberschöneweide
Wechselstromwecker für Fernsprechnachrichtengeräte
21. 11. 1951

1. Wechselstromwecker für Fernsprechnachrichtengeräte mit einem Magnetsystem, bestehend aus einer Spule, einem prismatischen Dauermagneten, quer zur Spule an einer ihrer Stirnseiten, einem durch den Hohlraum der Spule sich erstreckenden schwingbar gelagerten Anker und zwei vom Dauermagneten erregten U-förmigen Weicheisenblechen längs der Spule, dadurch gekennzeichnet, daß ein Universalbauelement aus Preßstoff zugleich als Träger und Lager sowie als Halte- und Befestigungsglied für sämtliche Einzelteile des Magnetsystems dient und zusammen mit der Weckerschale in bekannter Weise auf einer Grundplatte befestigt ist.

21 g, 37/01.

DWP 1669.

Erf. zugl. Inh.: Dr. Friedrich Eckart, Berlin-Oberschöneweide.

Elektronenoptischer Bildwandler mit zentrierbarem Abbildungssystem

6. 5. 1949.

1. Elektronenoptischer Bildwandler, mit vorzugsweise elektrostatischem Abbildungssystem, dadurch gekennzeichnet, daß der Bildwandler auf einem Teil seiner Länge aus einem innengeschliffenen Glasrohr bzw. Präzisionsglasrohr besteht, in das ein Isolierkörper aus Glaskeramik oder dergleichen mit dem elektrostatischen Abbildungssystem eingepaßt ist.
2. Elektronenoptischer Bildwandler nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Kathodenfläche zur Achse des Präzisionsrohres zentriert ist.

21 f, 82/03

DWP 1743

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt
Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17
Elektrische Entladungslampe mit vorheizbaren Glüh-elektroden
1. 10. 1942

1. Elektrische Entladungslampe mit vorheizbaren Glüh-elektroden, die über einen in der Ausgangsstellung geschlossenen Bimetallschalter in Reihe geschaltet sind, der im Entladungsraum neben einer Glüh-elektrode angeordnet ist und durch ihre Heizwirkung unter Zündung der Entladungsröhre geöffnet wird, dadurch gekennzeichnet, daß die Kontakte des Bimetallschalters in einem, mit dem Entladungsraum in kommunizierender Verbindung stehenden engen Isolierröhren untergebracht sind.

21 f, 57

DWP 1742

Erf. zugl. Inh.: Ing. Richard Osterburg, Rathenow n. Havel
Zugpendel für elektrische Leuchten mit Druckfederbremse

12. 10. 1948

1. Zugpendel für elektrische Leuchten aus zwei konzentrisch und gegeneinander verschleifbar angeordneten Röhren, dadurch gekennzeichnet, daß eine im äußeren Rohr zwischen zwei Anschlagsscheiben angeordnete Zylinderdruckfeder auf dem inneren, die Leuchte tragenden Rohr als Bremse dient, deren Bremswirkung durch Zusammendrücken sowohl beim Herunterziehen wie beim Hochziehen der Leuchte vermindert wird, die aber im ruhenden Zustand ausreicht, um das Gewicht der Leuchte zu tragen.
2. Zugpendel nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die beiden Röhre nebeneinander angeordnet sind und

3. Lüftungsscheibe nach den Ansprüchen 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß der zu Schaufeln gefaltete Blechstreifen an den zwischen den Schaufelteilen verbleibenden geraden Strecken mit einer Ringscheibe punktverschweißt ist und daß auf den Schaufelteilen eine zweite Ringscheibe aufliegt, die mit den Schaufelteilen ebenfalls punktverschweißt ist.
4. Lüftungsscheibe nach den Ansprüchen 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die auf den Schaufelteilen aufliegende Ringscheibe an ihrer Außenkante entsprechend der Neigung der Schaufelteile abgekröpft ist.

4. Elektrische Spule nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß der thermoplastische Stoff mit oder ohne Träger aus Gewebe oder Papier oder Folie aus Metall oder Kunststoff zusätzlich als Zwischenlage in die Spule mit eingewickelt ist.
5. Elektrische Spule nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß der verwendete thermoplastische Kunststoff elastisch wie ein Lack haftet und schlagfest ist, sowie bei mittleren Temperaturen ohne wesentlichen Sauerstoffbedarf aushärtet.
6. Elektrische Spule nach Anspruch 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, daß der thermoplastische Stoff beim Erweichen und/oder Aushärten an Volumen zunimmt.
7. Verfahren zur Herstellung elektrischer Spulen nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Spulen serienmäßig als freitragende Spulen maßgerecht mittels eines vorzugsweise aus Metall bestehenden Formspulenkörpers mit in bekannter Weise abnehmbaren Flanschen hergestellt werden und der Formspulenkörper einen Überzug oder Beilagen trägt, die auf den Thermoplasten abstoßend wirken.

3. Elektronenoptischer Bildwandler nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Elektroden zur Außenfläche des Keramikkörpers und damit zur Achse des Bildwandlersystems zentriert sind.

2. Wechselstromwecker nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der prismatische und in seiner Länge im wesentlichen mit dem Spulendurchmesser übereinstimmende Dauermagnet quer zur Spulenachse an den am Universalbauelement befestigten U-Blechen fest angeordnet ist.
3. Wechselstromwecker nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Schwingachse im Schwerpunkt des schwingenden Gebildes liegt.

die Zylinderdruckfeder zwischen zwei Anschlagsscheiben am Ende des Rohres liegt, die dem verschleißbaren, die Leuchte tragenden Rohr als Führung dienen.

2. Entladungslampe nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß das vorzugsweise aus Glas bestehende Isolerröhrchen an dem die Glühelktroden tragenden Einschmelzfuß angeschmolzen ist bzw. einen Bestandteil des Einschmelzfußes bildet.
3. Entladungslampe nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß der Bimetallstreifen die Glühelktrode in Form eines Kreisbogens umgibt und am freien Ende einen Schalterstift trägt, der mit geringem seitlichen Spiel in die Bohrung des Isolerröhrchens taucht.

21 g, 26/02.

DWP 1745.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtsträger: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB

Elektrische Bestrahlungslampe zur Erzielung von Hautbräunung ohne Rötung.

22. 2. 1941.

1. Elektrische Bestrahlungslampe zur Erzeugung von Hautbräunung ohne Rötung, gekennzeichnet durch die Verwendung einer mit Glühelktroden oder kalten Blechelektroden und einer Edelgasgrundfüllung versehenen Quecksilber-niederdruckröhre mit positiver Lichtsäule, der eine auf ihrer Innenwand oder Außenwand oder auch ihrem Hüllgefäß angebrachte Leuchtstoffschicht zugeordnet ist, die das kurzwellige Ultraviolett in eine sich von 320 m μ bis 450 m μ erstreckende Strahlung umsetzt, z. B. einer Leuchtstoffschicht aus einer Mischung von Aluminium-Metasilikat mit etwa 50 % Bariumfluorid und etwa 5 % Cerooxyd (Ce₂O₃).

21 g, 24/01

DWP 1744

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: VEM Transformator- und Röntgenwerk VEB, Dresden-N. 30

Einrichtung zur Behandlung mit galvanischen Strömen
21. 4. 1943

1. Einrichtung zur Behandlung mit galvanischen Strömen, bei der in Reihe mit dem zu behandelnden Körper ein Widerstand liegt, dadurch gekennzeichnet, daß zur Erzielung eines konstanten Behandlungstromes als Widerstand eine Entladungsröhre verwendet wird, beispielsweise eine Pentode, bei der eine konstante Gleichspannung an die Elektrode zwischen Steuergitter und Anode, beispielsweise an das Schirmgitter gelegt ist, derart, daß Anodenspannungsänderungen infolge Änderung des Widerstandes im Anodenkreis, insbesondere des Körperwiderstandes ohne Einfluß auf den Anodenstrom sind.
2. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Größe des Widerstandes der Entladungsröhre und damit

21 e, 26

DWP 1816

Erf. zugl. Inh.: Paul Bernhard, Finkenkrug (Falkensee)
Walzenförmiger Schleifdrahtwiderstand

9. 4. 1950

1. Walzenförmiger Schleifdrahtwiderstand, dadurch gekennzeichnet, daß der Schleifer als zweiarmige, vorzugsweise wippende Kontaktfederbrücke ausgebildet ist, deren beide Auflagen Kontakte bilden, die schneeldenartig zwischen zwei benachbarte Gänge des schraubenförmig auf einen zylindrischen Träger gewickelten Meßdrahtes eingreifen, so daß bei einer Relativdrehung von Meßdrahtzylinder und Federbrücke deren Kontakte zwangsläufig in den Schraubengängen der Widerstandswicklung geführt sind.
2. Schleifdrahtwiderstand nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Kontaktfederbrücke um eine Achse nach Art einer Wippe schwenkbar ist und eine högel förmige Stahlfeder aufweist, unter deren Wirkung die beiden Arme

21 a⁴, 35/14.

DWP 1814.

Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Franz Hubel, Leipzig.

Schaltungsanordnung zur Erzeugung von Gleichspannungen, die unabhängig von Belastungs- und Eingangsschwankungen sind

25. 8. 1951.

1. Schaltung zur Erzeugung von Gleichspannungen, die unabhängig von Schwankungen der Belastung und der Eingangsspannung sind, dadurch gekennzeichnet, daß zwei bekannte Schaltungen zur elektronischen Spannungsregelung, bei denen die Ausgangsspannung der einen Schaltung in einem bestimmten Bereich einstellbar, die der zweiten fest eingestellt ist, gegeneinandergeschaltet sind und daß der einen der beiden Schaltungen, vorzugsweise der mit der niedrigeren Ausgangsspannung, ein zusätzlicher Belastungswiderstand ausgangseitig parallel geschaltet ist.

21 c, 32.

DWP 1821.

Akt.-Z. AW 449 K 149 399 VIII/215.

Erf.: Otto Schuster, Dresden N 23.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden VEB.

Elektrische Kontaktvorrichtung mit einer Reihe zu einer Kontaktbahn zusammengefaßter Kontakte

1. 2. 1938.

1. Elektrische Kontaktvorrichtung mit einer Reihe zu einer Kontaktbahn zusammengefaßter Kontakte, über die ein Kontaktorgan (Gleitkontakt, Schieber od. dgl.) gleitet, insbesondere für Schaltungen zum Schutze von Röntgenröhren, dadurch gekennzeichnet, daß jeder von den einzelnen Kontakten der Kontaktbahn aus einer Vielzahl dünner Metallplättchen besteht, die hochkant in einer entsprechenden Anzahl aneinandergereiht sind, und daß die so gebildeten Kontakte in bekannter Weise durch zwei

21 f, 84/01

DWP 1817

21 g, 12/04

(Zusatz zu DRP 738156)

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt

Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren
2. 12. 1941

1. Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren mit vorheizbaren, über eine Brückenleitung in Reihe geschalteten Glühelktroden, einem in der Brückenleitung eingebauten Zündschalter und einem in der Brückenleitung noch zusätzlich vorgesehenen, mit der Vorschaltrosselspule Resonanzüberspannungen erzeugenden Kondensator, nach Patent 738 156, dadurch gekennzeichnet, daß in der Brückenleitung noch ein Hilfswiderstand zur Einstellung des Brückenkurzschlußstromes vorgesehen ist und die Glühelk-

des Behandlungsverfahrens ist.
Approved For Release 1999/09/10 : CIA-RDP83-00423R00090019002-0

3. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Änderung des Steuergitterpotentials mittels eines auf verschieden hoch einstellbare Spannungen aufladbaren Kondensators erfolgt.
4. Einrichtung nach Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Ladekreis des Kondensators ein einstellbarer Widerstand liegt.
5. Einrichtung nach Anspruch 3, dadurch gekennzeichnet, daß in Reihe mit dem zu behandelnden Körper ein bei einer bestimmten, vorzugsweise einstellbaren Stromhöhe ansprechendes Relais liegt, das einen Überbrückungsstromkreis schließt.
6. Einrichtung nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Überbrückungsstromkreis ein vorzugsweise einstellbarer Widerstand liegt.
7. Einrichtung nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß die Stromstärke, bei der das Relais abfällt, wesentlich niedriger ist als die Ansprechstromstärke.

Ansprüche 8 und 9 siehe Patentschrift.

1745
2. Bestrahlungsampe mit Hüllgefäß nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß im Raum zwischen der Quecksilberniederdruckröhre und dem Hüllgefäß ein als Vorschaltwiderstand geschalteter Glühdraht untergebracht ist.

2. Schaltung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der zusätzliche Belastungswiderstand für den halben Wert des maximal entnommenen Stromes bemessen ist.
3. Schaltung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß ein Umschalter vorgesehen ist, mittels dessen aus der Gegeneinanderschaltung eine Einzel- oder Hintereinanderschaltung der beiden Einzelschaltungen vorgenommen werden kann.

des Kontaktfedersatzes gegen die Widerstandswicklung gedrückt werden.

3. Schleifdrahtwiderstand nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Kontaktflächen der Federwippe mit der schraubenförmigen Wicklung des zweckmäßigerweise in Rillen des zylindrischen Trägers eingebetteten Widerstandsdrahtes eingeschliften sind, vorzugsweise derart, daß sie etwa ein Viertel des Drahtumfangs berührend umschließen.
4. Schleifdrahtwiderstand nach Anspruch 1, 2 oder 3, dadurch gekennzeichnet, daß der zylindrische Wicklungsträger fest angeordnet und die auf ihrer Achse verschiebbare Kontaktfederwippe an einem um die geometrische Achse des Wicklungsträgers drehbaren Mitnehmer befestigt ist.

Ansprüche 5 bis 7 siehe Patentschrift.

troden über einen Heiztransformator von der Röhrenspannung gespeist sind.

2. Zünd- und Betriebseinrichtung nach Anspruch 1, für Entladungsröhren mit hoher Brennspannung, dadurch gekennzeichnet, daß in der Brückenleitung zwei oder mehrere Glimmschalter in Reihenschaltung eingebaut sind.

schengefügte Isolierstücke, vorzugsweise Isolierplättchen, voneinander isoliert sind.

2. Elektrische Kontaktvorrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Metallplättchen sämtlicher zu einer Kontaktbahn gehörender Kontakte und die zur Trennung der Kontakte voneinander dienenden Isolierplättchen auf einen gemeinsamen mit Isoliermaterial bestehendem Bolzen oder in einer entsprechend isolierten Führungsrinne aufgereiht und mittels einer Preßvorrichtung zusammengehalten sind.
3. Elektrische Kontaktvorrichtung nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Preßvorrichtung aus einer Druckschraube besteht, welche die aufgereihten Metall- und Isolierplättchen gegen ein Widerlager drückt.
4. Elektrische Kontaktvorrichtung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Isolierplättchen derart ausgebildet sind, daß sie nach Lösen der Druckschraube aus den aufgereihten Metall- und Isolierplättchen herausgenommen und an einer anderen beliebigen Stelle wieder eingefügt werden können.

Ansprüche 5 und 8 siehe Patentschrift.

DWP 1824
Erf. zugl. Inh.: Kurt Kollosche, Spremberg (Lausitz)
Isolierabstandschelle
9. 12. 1948

1. Isolierabstandschelle zum Befestigen von Leitungen, dadurch gekennzeichnet, daß diese aus einem U-förmig ausgebildeten zur Aufnahme des Kabels dienenden Trägerstück besteht, in welches eine Druckschraube aus Isolierstoff eingeschraubt ist, die beim Anziehen das eingelegte Kabel gegen die untere, innere Fläche des Trägerstückes preßt.
2. Isolierabstandschelle nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Druckschraube mit ihrem Umfang seitlich aus dem Trägerstück hinausragt.

21 f, 40 **DWP 1822**
Erf.: Erfinderbeneennung ist ausgesetzt
Inh.: Eigentum des Volkes, Rechtsträger: Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17
Verfahren zum Entlüften eines elektrischen Entladungsgefäßes, insbesondere einer Überdruckdampfentladungslampe, und Einbringen einer Edelgasfüllung mit einem Druck von weniger als 1 Atm.
24. 7. 1941

1. Verfahren zum Entlüften eines elektrischen Entladungsgefäßes, insbesondere einer Überdruckdampfentladungslampe, und Einbringen einer Edelgasfüllung mit einem Druck von weniger als 1 Atmosphäre, dadurch gekennzeichnet, daß das mit einem Einlaßstutzen und einem Auslaßstutzen versehene Entladungsgefäß aus einem Überdruckgasbehälter mit einem Gemisch von Edelgas und Wasserstoff oder Stickstoff gespült und nach dem Zuschmelzen des ins Freie mündenden Auslaßstutzens und des an dem Über-

21 g, 13/31 **DWP 418**
Erf. zugl. Inh.: Herbert Diesing, Neuhaus (Rwg.); Lothar O. Kühnert, Lauscha (Th.); Alfred Resch, Lauscha (Th.); Fr. Greiner, Neuhaus (Rwg.); Gert Sauer, Neuhaus (Rwg.)
Verfahren zur Herstellung von Fangstoffabschnitten (Getterpillen) für Elektronenröhren
25. 8. 1949

1. Verfahren zur Herstellung von Fangstoffabschnitten (Getterpillen) aus metallenen Rohrabschnitten unter Verwendung von Barium, dadurch gekennzeichnet, daß die in Fangstoffabschnitte teilbaren, beidseitig offenen Metallröhrchen von entsprechendem Durchmesser und entsprechender Länge an ihren der Schmelzvorrichtung zugewandten Enden mit einer hochschmelzenden Masse, z. B. einem Kitt aus Aluminiumoxyd und Glas, beispielsweise in dem durchlochten Boden eines Schmelztiegels eingekittet festgehalten und mit durch die Schmelzvorrichtung, z. B. in einem beheizten Schmelztiegel, auf Schmelztemperatur erhitztem

21 a', 71. **DWP 1826.**
Erf. zugl. Inh.: Ing. Lambert Hubl, Leipzig.
Dipl.-Ing. Franz Hubl, Leipzig.
Abgleichverfahren für Mitlaufwicklungen bei Breitbandübertragern
25. 8. 1951.

1. Verfahren zum Abgleich der parallel geschalteten streuungsvermindernden Leerlaufwicklungen eines Breitbandübertragers, dadurch gekennzeichnet, daß beim Wickeln zweckmäßig der äußeren der beiden Hilfswicklungen von Windung zu Windung die Streuresonanz des Übertragers gemessen und die Hilfswicklung bis zum Abgleich auf den Höchstwert der Streuresonanzfrequenz gewickelt wird.

21 a', 10. **DWP 1827.**
Erf.: Dr. Eduard Gerber, Jena.
Inh.: VEB „Optik“ Carl Zeiß, Jena.
Piezoelektrische Resonatoreinrichtung
6. 12. 1939.

1. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung, die aus zwei oder mehreren Kristallelementen besteht, dadurch gekennzeichnet, daß kreisförmig berandete Kristallelemente verwendet und deren Abmessungen so gewählt sind, daß sich bei sämtlichen Kristallen für die Hauptwelle dieselbe oder annähernd dieselbe Frequenz ergibt, die Nebenwellen jedoch an verschiedenen Stellen des Frequenzspektrums liegen.
2. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß sie aus zwei oder mehreren Kristallplatten besteht, die dieselbe Dicke, jedoch voneinander abweichende Facetten aufweisen.
3. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Kristalle elektrisch

21 f, 84/01. **DWP 1886.**
21 g, 12/04.
Erf.: Erfinderbeneennung ist ausgesetzt.
Inh.: Eigentum des Volkes.
Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB, Berlin O 17.
Betriebseinrichtung für elektrische Hochdruckdampfentladungslampen
27. 6. 1943.

1. Betriebseinrichtung für elektrische, vom Netz über eine ungesättigte Vorschaltdrosselspule gespeiste Hochdruckdampfentladungslampen, bei denen die Einbrennzeit durch Herbeiführung eines starken Einbrennstromes verkürzt wird, dadurch gekennzeichnet, daß der Hochdruckdampf-lampe ein zusätzlicher Einbrennstrom über eine parallel zu ihr geschaltete Sekundärwicklung eines vorzugsweise als Streufeldtransformator ausgebildeten Abwärtstransformators zugeführt wird, dessen Primärwicklung an der Netzspannung liegt oder durch die Vorschaltdrosselspule gebildet ist.

druckgasbehälter angeschlossenen Einlaßstutzen aus dem im Entladungsgefäß eingeschlossenen Gasgemisch der Wasserstoff- oder Stickstoffanteil durch Erhitzen eines im Entladungsgefäß oder in einem Ansatzrohr desselben untergebrachten Körpers aus Tantal, Titan, Palladium oder Zirkon absorbiert wird.

2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß das Entladungsgefäß während einer Vorspülung mit Edelgas oder während der Spülung mit dem wasserstoffhaltigen Gasgemisch oder nach dem Zuschmelzen seiner Stutzen ausgeheizt wird, vorzugsweise durch eine Entladung zwischen seinen Elektroden.
3. Verfahren nach Anspruch 1 bis 2, dadurch gekennzeichnet, daß ein Metallvorrat, insbesondere aus Quecksilber, in einem später abzuschmelzenden Ansatzrohr des Entladungsgefäßes untergebracht und nach dem Zuschmelzen des Ein- und Auslaßstutzens in das Entladungsgefäß gekippt bzw. übergedampft wird.
4. Verfahren nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß der Absorptionskörper im Einlaßstutzen und der Quecksilbervorrat in einem Ansatzrohr des Auslaßstutzens untergebracht werden.

reinen Barium mit einem geringen Zusatz von schwer-schmelzenden Bariumsalzen, z. B. $\text{Ba}(\text{OH})_2$, BaO u. ä., unter Abdeckung der Bariumschmelze durch die spezifisch leichteren Bariumsalze im Hochvakuum gefüllt werden, worauf die gefüllten, aus dem Rezipient genommenen Metallröhrchen von ihrer Befestigung im gelochten Boden des Schmelztiegels befreit, gesäubert und in Fangstoffabschnitte zerteilt werden.

2. Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß beiderseits offene Röhrchen von einer solchen Länge verwendet werden, daß zum selbsttätigen Verschließen der Röhrchen durch Erstarren des Bariums die zu verschließenden Enden der Röhrchen aus der Heizvorrichtung nach unten herausragen.
3. Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß eine unterschiedliche und aufeinander abgestimmte Beheizung der Schmelzvorrichtung und der mit Barium zu füllenden Metallröhrchen in einem elektrischen Röhrenofen mit verschiedenen Heizzonen, z. B. durch verschiedene Steigung der elektrischen Heizwicklung, geschieht.

2. Betriebseinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Leerlaufspannung des vorzugsweise als Streufeldtransformator ausgebildeten Abwärtstransformators annähernd der Betriebsbrennspannung der Hochdrucklampe entspricht.
3. Betriebseinrichtung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß ein vorzugsweise von der Lampenspannung gesteuertes Relais vorgesehen ist, das die Sekundärwicklung des Abwärtstransformators, bei Vorsehung einer selbständigen Primärwicklung gegebenenfalls auch diese, nach dem Einbrennen der Lampe abschaltet.
4. Betriebseinrichtung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß parallel zur Hochdrucklampe noch ein Kondensator geschaltet ist, dessen Scheinleitwert vorzugsweise vielfach kleiner ist als der Bedingung der Resonanz mit der Vorschaltrosselspule entspricht.

hintereinandergeschaltet und in einem gemeinsamen Gehäuse angeordnet werden.

4. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zwei oder mehrere der Kristalle mechanisch gekoppelt sind.
5. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Kristalle unmittelbar aufeinanderliegen.
6. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Kristalle aufeinanderliegen und die Fläche mindestens eines der Kristalle, zweckmäßig die des flächenmäßig größeren Kristalls, die dem anderen Kristall zugekehrt ist, metallisiert ist, wobei diese metallische Belegung als Zwischenelektrode dient.
7. Piezoelektrische Resonatoreinrichtung nach Anspruch 6, dadurch gekennzeichnet, daß eine ringförmige Abschirmung in der Ebene der Zwischenelektrode angeordnet ist, die mit der Zwischenelektrode leitend verbunden ist.
Ansprüche 8 bis 13 siehe Patentschrift.

21 f, 84/01. DWP 2011.
 21 g, 12/04. (Zusatz zu Patent 750 755.)
 Akt.-Z. AW 1325 P 80 998 VIII/21 f.
 Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.
 Inh.: Eigentum des Volkes.
 Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
 Berlin O 17.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren

14. 7. 1940.

1. Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren, deren Glühelktroden durch einen Glimmschalter überbrückt sind, bei dem in einem kleinen gasgefüllten Gefäß ein Bimetallstreifen und eine Gegenelektrode eine bei Erwärmung des Bimetallstreifens sich kurzschließende Entladungsstrecke bilden, deren Zündspannung zwischen der Netzspannung und der Brennspannung der Entladungsröhre liegt, nach Patent 750 755, gekennzeichnet durch einen

21 g, 24/01. DWP 1929.
 Akt.-Z. WP 21 g/14 094.
 Erf. zugl. Inh.: Horst Stange, Coswig, Bezirk Dresden.
Schaltungsanordnung zur Elektroschockbehandlung
 17. 7. 1951.

1. Schaltungsanordnung für Geräte zur Elektroschockbehandlung mit veränderlicher Frequenz, Stromkurvenform, Behandlungsimpulsdauer und Behandlungsstromstärke, dadurch gekennzeichnet, daß die Frequenz der Behandlungsspannung, die in einer Multivibratorschaltung erzeugt wird, durch Regelung des RC-Gliedes einer Glimmkippeschaltung, die Kurvenform der Behandlungsspannung durch Regelung der Aussteuerung eines Verstärkers und durch Regelung des LC-Gliedes der Kippeschaltung und die Dauer des Behandlungsimpulses durch Einstellung eines Gitterwiderstandes der Multivibratorschaltung verändert wird und daß der Abstand der einzelnen Behandlungsstromstöße durch den RC-Wert der Multivibratorschaltung bestimmt ist.

21 g, 19/03. DWP 2013.
 Akt.-Z. AW 439 K 141 929 VIII/21 g.
 Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.
 Inh.: Eigentum des Volkes.
 Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk
 Dresden VEB.

Röntgenapparat mit einer Relaisvorrichtung, die nach dem Erreichen einer einstellbaren Milliamperesekundenzahl die Unterbrechung des Röntgenröhrenstromkreises veranlaßt

30. 4. 1938.

1. Röntgenapparat mit einer Relaisvorrichtung, die nach dem Erreichen einer einstellbaren Milliamperesekundenzahl die Unterbrechung des Röntgenröhrenstromkreises auf lichtelektrischem Wege veranlaßt, dadurch gekennzeichnet, daß Röntgenröhrenstromkreises dient, derart, daß beim Einschalten der Lichtquelle der Röntgenröhrenstrom geschlossen wird.

21 g, 24/02. DWP 2012.
 Akt.-Z. AW 441 K 131 846 VIII/21 g.
 Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.
 Inh.: Eigentum des Volkes.
 Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk
 Dresden VEB, Dresden N 30.

Kurzwellenapparat für medizinische Zwecke
 17. 10. 1933.

1. Kurzwellenapparat für medizinische Zwecke, dadurch gekennzeichnet, daß alle Hochfrequenz führenden Teile des Kurzwellenapparates getrennt von dem speisenden Transformator (Maschine, Batterie oder dergleichen) und den etwa vorhandenen primären Schalt- oder Regelorganen in einem besonderen, an einem Stativ in mehreren oder allen Richtungen beweglich angeordneten Gehäuse untergebracht sind, während der Transformator mit dem gegebenenfalls vorgesehenen Beruhigungskondensator und seinen Schalt- und Regelvorrichtungen in den Fuß des Stativs eingebaut ist oder als Gegengewicht für das die Hochfrequenz führenden Teile enthaltende Gehäuse dient.

21 g, 10/02 DWP 2016
 Erf. zugl. Inh.: Dipl.-Ing. Werner Pankow, Berlin-Karlshorst
Elektrischer Druckgaskondensator für Hochspannung, insbesondere zu Meßzwecken
 14. 9. 1951

1. Elektrischer Druckgaskondensator für Hochspannung, insbesondere zur Verwendung zu Meßzwecken, dadurch gekennzeichnet, daß mehrere konzentrisch zueinander angeordnete Elektroden, z. B. drei, von denen die innere und die äußere Elektrode galvanisch mit dem Deckel bzw. Boden verbunden sind und die mittlere Elektrode als Gegenelektrode am Boden bzw. Deckel befestigt ist, in bekannter Weise frei hineinragend in einem unter Gasdruck stehenden Isoliergehäuse untergebracht sind.
 2. Elektrische Druckgaskondensator nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß zur Befestigung und Abdichtung

21 g, 26/02. DAP 2015.
 Erf. zugl. Inh.: Johannes Richter, Radebeul II.
Bestrahlungseinrichtung, insbesondere für Heilbehandlung
 16. 10. 1949.

1. Bestrahlungseinrichtung mit einer Strahlungsquelle, einem Reflektor zur Strahlenlenkung, gegebenenfalls einem Strahlenfilter zur Auswahl bestimmter Strahlenarten und mit einer axial verschiebbaren Strahlungsquelle, dadurch gekennzeichnet, daß die Strahlungsquelle innerhalb eines zylindrischen Gehäuses gelagert ist, welches als Fassung sowohl des unmittelbar hinter der Strahlungsquelle angeordneten Reflektors als auch eines in den Strahlenweg zu legenden Strahlenfilters dient.
 2. Bestrahlungseinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Innenwandung des zylindrischen Gehäuses Führungsbahnen für einen die Strahlungsquelle tragenden Schlitten aufweist.
 3. Bestrahlungseinrichtung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß in der Mitte der hinteren Abschluß-

Reinhold

2. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Gitterwiderstand für die Einstellung der Behandlungsimpulsdauer mit einer Skala versehen ist, auf der die Dauer des Behandlungsimpulses ablesbar ist.
3. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Dauer des Behandlungsimpulses auf der Skala eines elektrischen Meßinstrumentes ablesbar ist, welches eine Gleichspannung anzeigt, die von einem mit dem Gitterpotentiometer mechanisch gekuppelten zweiten Potentiometer geregelt wird.
4. Schaltungsanordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der am Anodenwiderstand des Multivibrators entstehende Spannungsabfall zur Erregung der in einer Glimmkipperschaltung zu erzeugenden Wechselspannung dient.

Glimmschalter mit quer zur Gefäßachse U-förmig gebogenem, die Gegenelektrode einschließendem Bimetallstreifen, der am verlängerten freien Ende einen federnden Kontaktendraht mit über die Gegenelektrode oder einen Anschlagstift derselben greifender V-förmiger Biegung trägt, die bei Erwärmung des Bimetallstreifens mit der Gegenelektrode in Berührung kommt und bei großen Temperaturänderungen über die Gegenelektrode hin- und zurückgleiten kann.

2. Eihrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß im Innern des Glimmschalters, und zwar auf der Innenseite des U-förmigen Bimetallstreifens oder auf einem besonderen Trägerkörper ein Getterstoff, vorzugsweise aus Magnesium, angeordnet ist, der bei seiner Verdampfung Niederschläge auf der Gefäßwandung und den Elektroden hervorruft, die verunreinigende Gase binden und die Emissionsfähigkeit der Elektroden erhöhen.

2. Kurzwellenapparat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Gehäuse der Stoßkreis mit den Funkenstrecken, der Abnahmekreis, gegebenenfalls auch die Intensitätsmeßeinrichtung und die in der Zuleitung zum Transformator liegenden Drosselspulen eingebaut sind.
3. Kurzwellenapparat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die an dem Abnahmekreis angeschlossenen Elektroden an aus dem Gehäuse herausragenden beweglichen Armen angebracht sind.
4. Kurzwellenapparat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Elektroden über kurze biegsame, gegebenenfalls selbsthemmende, zweckmäßig mittels Streckvorrichtungen anschließbare Kabel mit dem in dem Gehäuse untergebrachten Abnahmekreis verbunden sind.

Ansprüche 5 bis 10 siehe Patentschrift.

2. Röntgenapparat nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß das Einschalten des Röntgenröhrenstromkreises davon abhängig gemacht ist, daß alle oder wenigstens ein Teil der für die Erzielung der verschiedenen Röntgenaufnahmen erforderlichen Betriebsbedingungen richtig eingestellt worden sind, derart, daß der Durchgang des Lichtstrahles zur Photozelle und damit die Einschaltung des Röntgenröhrenstromkreises nur bei richtiger Einstellung der Betriebsbedingungen freigegeben wird.

3. Röntgenapparat nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß in dem Lichtstrahlenweg eine Anzahl den einzelnen Betriebsbedingungen bzw. ihren Einstellvorrichtungen zugeordneter lichtundurchlässiger Schieber angeordnet sind, die nur an einer oder mehreren bestimmten Stellen Öffnungen für den Lichtdurchtritt aufweisen, derart, daß nur dann, wenn bei richtiger Einstellung der Betriebsbedingungen die Öffnungen der im Lichtstrahlenweg hintereinanderliegenden Schieber genau aufeinanderliegen, die Photozelle entsprechend erregt und damit der Röntgenröhrenstromkreis geschlossen wird.

Ansprüche 4 bis 7 siehe Patentschrift.

wandung des Gehäuses eine mit der Gehäuseachse gleichachsige Führungshülse für eine von der Strahlungsquelle aus sich nach hinten erstreckende Hülse mit Führungskolben vorgesehen ist.

4. Bestrahlungseinrichtung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß das Strahlenfilter nahe vor der vorgezogenen Lage der Strahlenquelle zu liegen kommt.
5. Bestrahlungseinrichtung nach Anspruch 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß die Fassung der Strahlenquelle mit einer Handhabe für die Verschiebung versehen ist, die durch einen Schlitz in der Gehäusewandung nach außen ragt.
6. Bestrahlungseinrichtung nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß der Schlitz durch einen an der Handhabesitzenden Streifen abgedeckt wird.

des Deckels zwei konische Metallringe vorgesehen sind, von denen der innere in mindestens zwei, vorzugsweise aber mehrere Abschnitte aufgeteilt ist.

21 f, 81.

DWP 2018.

Erf. zugl. Inh.: Kurt Päßler, Berlin-Frohnau.
Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung einer kontinuierlich anfallenden, homogenen Elektrodenmasse
 16. 3. 1950.

1. Verfahren zur Herstellung einer kontinuierlich anfallenden, homogenen Elektrodenmasse, dadurch gekennzeichnet, daß die Masse in kleinen Mengen einer Strangpresse zugeführt, vorverdichtet und gleichmäßig in den Druckausgleichsraum der Strangpresse gedrückt wird.
2. Strangpresse zur Durchführung des Verfahrens nach Anspruch 1, gekennzeichnet durch mehrere Druckbolzenräume gesteuerte Druckbolzen in einem sich gleichmäßig drehenden Körper einer Zuführungsniere und einer Preßniere in einer Platte vor dem Körper.
3. Strangpresse nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Druckbolzen durch Rollenhebel von feststehenden Kurven aus zwangsläufig gesteuert werden.

21 f, 61/03.

DWP 2017.

Erf. zugl. Inh.: Wilh. Winzenburg, Dresden A 21.
Abschlußscheibe für Fahrzeugscheinwerfer
 13. 5 1950.

1. Abschlußscheibe für Fahrzeugscheinwerfer, dadurch gekennzeichnet, daß die obere Hälfte aus einer sphärischen Schale besteht, die untere Hälfte aus einer Kegelmantelfläche gebildet wird, und daß in der oberen sphärischen Hälfte ein mittlerer, keilförmiger Teil abgegrenzt ist, der mit Zylinderhülsen kurzer Brennweite versehen und durch kurze Prismenstäbe begrenzt ist.
2. Abschlußscheibe nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß in der oberen Hälfte seitlich von dem mittleren Teil und in der unteren Hälfte Zylinderlinsen längerer Brennweite in bekannter Weise angebracht sind.
3. Abschlußscheibe nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die obere Hälfte in bekannter Weise eine Gelbtärbung erhält.

21 h, 9/03.

DWP 2020.

Erf. zugl. Inh.: Fritz Krause, Niederwartha (Sachsen),
 Martin Spindler, Weinböhla (Sachsen),
 Werner Krause, Weinböhla (Sachsen).
Elektrischer Wärmespeicherofen
 28. 12. 1949.

1. Elektrischer Wärmespeicherofen mit massivem Speicherkern, Kanälen und Bohrungen, dadurch gekennzeichnet, daß der Speicherkern aus Quadern geschichtet ist, deren Bohrungen für die Heizelemente die Quader so durchsetzen, daß ihre Achsen parallel und zentral zu den Wärmeabgabeflächen bzw. Kanälen angeordnet und die Öffnungen der Bohrungen für die Heizelemente abgedichtet sind.
2. Elektrischer Wärmespeicherofen, nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß eine verstellbare Abdeckung der Kanalöffnungen zur Regulierung der Wärmeabgabe mit den Schiebern der Luftaustrittsöffnungen gekuppelt ist.

21 f, 84/01.

DWP 2019.

(Zusatz zu Patent 750 755.)

21 g, 12/04.
 Akt.-Z. AW 1488 P 81 045 VIII c/21 f.
 Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.
 Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
 Berlin O 17.

Zündeinrichtung für elektrische Entladungsröhren
 21. 7. 1940.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren, deren Glühelektroden durch einen Glimmschalter überbrückt sind, dessen Zündspannung zwischen der Netzspannung und der Brennspannung der Entladungsröhre liegt, nach Patent 750 755, gekennzeichnet durch einen an oder in der Entladungsröhre oder in ihrem Hüllgefäß untergebrachten Glimmschalter mit zwei bei Erwärmung in gleicher Richtung ausschlagenden, die Schalterkontakte tragenden Bimetallstreifen, von denen der in der Ausschlagrichtung

21 g, 12/04.

DWP 2025.

(Zusatz zu Zusatz-Patent 1817.)

21 f, 84/01. Akt.-Z. AW 1455 P 84 919 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
 Berlin O 17.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren
 25. 9. 1942.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren mit vorheizbaren, über einen Heiztransformator von der Röhrenspannung gespeisten Glühelektroden und mit einer Brückenleitung, die einen Bimetall-Glimmschalter, einen Hilfswiderstand zur Einstellung des Brückenkurzschlußstromes und einen mit der Vorschaltrosselspule Resonanzüberspannungen erzeugenden Kondensator enthält,

21 g, 24/02.

DWP 2023.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: VEM Transformatoren- und Röntgenwerk
 Dresden VEB.

Kurzwellen- oder Ultrakurzwellengerät für medizinische Zwecke
 7. 5. 1936.

1. Kurzwellen- oder Ultrakurzwellengerät für medizinische Zwecke, bei dem die Elektroden zusammen mit ihren Zuleitungskabeln mit einem abschirmenden leitenden Belag versehen sind, der an Erde bzw. an das geerdete Gerätegehäuse angeschlossen ist, dadurch gekennzeichnet, daß in die Erdleitung Drosselspulen eingeschaltet sind, die so bemessen sind, daß sie ein Abfließen der Kurzwellenenergie zur Erde verhindern, aber die Langwellenenergie zur Erde ableiten.
2. Gerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Drosselspulen einlagig und kapazitätsarm gewickelt sind.

4. Strangpresse nach Anspruch 2 und 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Wärme des Druckausgleichsraumes durch ein Thermoelement kontrolliert und elektrisch-automatisch die Vorschubgeschwindigkeit der Masse und die Temperatur gesteuert werden.

vordere ganz oder weitgehend z. B. durch eine Umhüllung vor dem Ansetzen der Entladung geschützt und mit einer Hilfselektrode elektrisch verbunden und diese so angebracht ist, daß sie mit dem rückwärtigen Bimetallstreifen die Glimmladungsstrecke bildet.

3. Gerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Drosselspulen in das Gerätegehäuse eingebaut sind.
4. Gerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der abschirmende leitende Belag in die Gummiisolation der Elektroden und Zuleitungskabel einvulkanisiert ist.
5. Gerät nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die zum Anschluß der Elektrodenkabel an das Gerät dienenden Steckvorrichtungen so ausgebildet sind, daß beim Einführen der Stecker in die am Gerät befindlichen Buchsen gleichzeitig die Verbindung der abschirmenden Beläge mit den im Gerätegehäuse eingebauten Drosselspulen hergestellt wird.

nach Zusatzpatent 1817, dadurch gekennzeichnet, daß der Hilfswiderstand aus einem Halbleiter mit negativem Temperaturkoeffizienten besteht.

21 f. 84/01.

DWP 2028.

21 g. 12/04.

(Zusatz zu Patent 750 755.)

Akt.-Z. AW 1257 P 80 855 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,

Berlin O 17.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren

6. 8. 1940.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische, an üblichen Netzspannungen mittels Vorschaltrosseln betriebene Leuchtröhren, deren Glühelktroden durch eine Leitung überbrückt sind, in der ein die Zündung der Leuchtröhre herbeiführender Glimmschalter liegt, nach Patent 750 755, dadurch gekennzeichnet, daß zwei Leuchtröhren mit je einer einen Glimmschalter enthaltenden Elektrodenüberbrückungsleitung in Reihe geschaltet und die Glimmschalter derart bemessen sind, daß ihre Zündspannungen kleiner sind als die halbe

21 f. 84/01.

DWP 2026.

21 g. 12/04.

Akt.-Z. AW 1330 P 84 120 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
Berlin O 17.

Zündeinrichtung für elektrische Entladungsröhren

26. 4. 1942.

1. Zündeinrichtung für gas- und dampfgefüllte elektrische Entladungsröhren mit vorheizbaren Glühelktroden, die durch einen Bimetall-Glimmschalter in Reihe geschaltet sind, der vorzugsweise in der Entladungsröhre oder in ihrem Sockel untergebracht ist, dadurch gekennzeichnet, daß der Bimetall-Glimmschalter aus einem eine Gas-

21 f. 84/01.

DWP 2030.

21 g. 12/04.

(Zusatz zu Patent 750 755.)

Akt.-Z. AW 1487 P 82 118 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
Berlin O 17.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren

7. 3. 1941.

1. Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren, deren vorheizbare Glühelktroden durch einen Glimmschalter überbrückt sind, dessen Zündspannung zwischen der Netzspannung und der Brennschaltung der Entladungsröhre liegt, nach Patent Nr. 750 755, gekennzeichnet durch ein den Glimmschalter eng umschließendes Schutzgehäuse und einen im Stromkreis des Glimmschalters liegenden, im Schutzgehäuse mit eingebauten Schmelz-

21 f. 84/01.

DWP 2029.

21 g. 12/04.

(Zusatz zu Patent 750 755.)

Akt.-Z. AW 1256 P 80 920 VIII c/21 f.

Erf.: Erfinderbenennung ist ausgesetzt.

Inh.: Eigentum des Volkes.

Rechtstr.: RFT Berliner Glühlampenwerk VEB,
Berlin O 17.

Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren

23. 6. 1940.

1. Zünd- und Betriebseinrichtung für elektrische Entladungsröhren, insbesondere Leuchtstoffröhren, mit einer die Elektroden überbrückenden, zweckmäßig einen Hilfs-widerstand enthaltenden Leitung, in der ein Glimmschalter eingebaut ist, dessen Zündspannung zwischen der Netzspannung und der Brennschaltung der Entladungsröhre liegt, nach Patent 750 755, dadurch gekennzeichnet, daß die Entladungsröhre mit zwei mittelbar geheizten Glühelktroden versehen ist, deren Heizdrähte im Stromkreis des

füllung enthaltenden Metallgefäß, vorzugsweise aus einem nur wenige Millimeter weiten beiderseits geschlossenen Metallröhrchen besteht, das als Gegenelektrode für den eingebauten die Schaltbewegung ausführenden Bimetallstreifen wirkt und außerdem als Anschlagkontakt dient oder auf seiner Innenwand den Anschlagkontakt trägt.

2. Zündeinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Bimetall-Glimmschalter aus einem Metallrohr besteht, in das am einen Ende die Stromzuführung zum Bimetallstreifen isoliert und vakuumdicht eingeschmolzen ist, während das andere bei der Herstellung als Pumpstutzen dienende Rohrende zugequetscht und vakuumdicht verschweißt oder verlötet ist.
3. Zündeinrichtung nach Anspruch 1-2, dadurch gekennzeichnet, daß der Bimetallstreifen und die Wand des Metallgefäßes mit Kontaktstücken aus hochschmelzendem Metall, insbesondere aus Wolfram oder Molybdän, versehen sind.

Netzspannung und daß sie nicht gleichzeitig, sondern rasch nacheinander die Elektrodenüberbrückungsleitungen unterbrechen.

Glimmschalters liegen und außerdem zur Begrenzung des Betriebsstromes den Elektroden der Entladungsröhre vorgeschaltet sind.

2. Einrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß der Entladungsröhre noch ein Eisenwasserstoffwiderstand vorgeschaltet ist, dessen Betriebswiderstandswert zweckmäßig kleiner ist als der Summenbetriebswiderstand der beiden Elektrodenheizdrähte.
3. Einrichtung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß die Entladungsröhre einen oder mehrere Zündglühdrähte enthält, die in der Brückenleitung liegen und so bemessen sind, daß sie beim Kurzschließen des Glimmschalters sofort auf Emissionstemperatur aufgeheizt werden.
4. Einrichtung nach Anspruch 1-3, dadurch gekennzeichnet, daß der Glimmschalter im Entladungsraum untergebracht ist, zweckmäßig unter Fortfall eines besonderen Schaltergefäßes.

Ansprüche 5 und 6 siehe Patentschrift.

draht, der beim Auftreten einer Übertemperatur im Glimmschalter durchschmilzt.

2. Zünd- und Betriebseinrichtung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß im Schutzgehäuse noch ein parallel zu den Kontakten des Glimmschalters liegender Entstörungskondensator mit eingebaut ist.
3. Zünd- und Betriebseinrichtung nach Anspruch 1 und 2, dadurch gekennzeichnet, daß das Schutzgehäuse mittels zweier zur Stromzuführung dienender Bajonettstifte auf eine Grundplatte, vorzugsweise auf einen Teil der Röhrenfassung, leicht auswechselbar aufgesteckt ist.
4. Zünd- und Betriebseinrichtung nach Anspruch 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß die Grundplatte bzw. der als Grundplatte dienende Teil der Röhrenfassung hinter der in die Fassung eingesetzten Entladungsröhre angeordnet ist, so daß die Röhre das in die Grundplatte eingesteckte Schutzgehäuse verdeckt.